

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

Ausgabe 6, Juli 2010 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Zeitung der **KPO** Graz



www.bigshot.at

Wünsche für den Ferienbeginn

Seite 8

Wir wünschen einen schönen Sommer!



Auf die Leute schauen!



KPO
Liste 3 **wirkt**

BESSER LEBEN UND WOHNEN IN GRAZ

Erstes Siedlungszentrum

Ende Mai eröffnete Wohnungsstadträtin Elke Kahr gemeinsam mit dem ehemaligen Gesundheitsstadtrat Wolfgang Riedler das neue Siedlungszentrum in der Triesterstraße.

Stadtregierung – allen voran Wohnungsstadträtin Elke Kahr – die Eröffnung.

Viel Angebot

Das Zentrum ist im 2. „Muchtischblock“ in der Triestersiedlung untergebracht und hat montags von 15 bis 19

und donnerstags von 10 bis 14 Uhr geöffnet. In dieser Zeit können Gäste die Infrastruktur unentgeltlich oder für einen geringen Unkostenbeitrag nutzen. Zur Verfügung stehen Kopierer, Fax sowie drei Computer mit Internetanschluss. Am wichtigsten ist freilich

die Kommunikation – mit anderen Bewohner/inne/n und den Mitarbeiter/inne/n des Zentrums.

Wobei das Programm des Siedlungszentrums weit über die Nutzung der vorhandenen Infrastruktur hinausgeht. Es reicht von Angeboten im So-

Manchmal kommen die Menschen einfach nur, um zu tratschen. Dafür gibt es ja sonst keinen Ort“, erzählte Ingrid Kozar, die mit ihrem „Dr. Schüßler-Verein“ die ehemaligen Räume der Stadtbibliothek in der Triestersiedlung angemietet hat, vor rund einem Jahr dem Grazer Stadtblatt. Schon damals versprach auch Wohnungsstadträtin Elke Kahr im Zuge der Sanierung der Wohnhausanlage Triesterstraße 68 „ein soziales Zentrum, einen Treffpunkt für Jung und Alt“ zu errichten. Seit Februar dieses Jahres gibt es diesen Treffpunkt nun. Ende Mai öffnete das neue Stadtteilzentrum Triesterstraße auch offiziell die Pforten.

Rund 150 Menschen waren der Einladung gefolgt und feierten am 29. Mai gemeinsam mit zahlreichen Gemeinderät/inn/en und Mitgliedern der



DAS ZENTRUM.

Das erste Siedlungszentrum in Graz findet man im 2. Muchtischblock, Triesterstraße 66. Es ist Mo. von 15 bis 19 und Do. von 10 bis 14 Uhr geöffnet. Computer, Internet, Kopierer und Fax können gratis bzw. gegen einen kleinen Unkostenbeitrag genützt werden. Dazu finden im Zentrum diverse Kurse statt. Außerdem gibt es Angebote im Sozial-, Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich sowie einen Stammtisch für Arbeitslose.

Gut besucht war das Fest zur Eröffnung des Siedlungszentrums in der Triestersiedlung.

eröffnet!

zial-, Kultur-, Bildungs- und Freizeitbereich über Malkurse für Erwachsene, einen Stammtisch für Erwerbsarbeitslose, „Familien lernen in Graz – FlieG“, Konfliktberatung und Bildungsinformation bis zum Lerncafé für Kinder und

Jugendliche. „Wir konnten vom Ofen bis zur Babywäsche verschiedenste Lebensnotwendigkeiten vermitteln und die Menschen unterstützen“, verkündete Michaela Strapatsas, Leiterin des Projektes „Gesunder Bezirk Gries“, nicht ohne Stolz.

Wohnen mit Geschichte

Für Wohnungsstadträtin Elke Kahr ist die Einrichtung des Siedlungszentrums ein wichtiger Schritt in der Aufwertung dieser geschichtsträchtigen Grazer Wohnanlage. 1921 wurde aufgrund der akuten Wohnungsnot der Bau von Wohnhäusern in der Triesterstraße, der Mauergasse, der Vinzenz-Muchitsch-Straße und der Weißenhofgasse beschlossen. Die Wohnungen wiesen für die damalige Zeit einen erstaunlich hohen Standard auf, verfügte doch jede Wohnung über ein Klosett sowie einen Balkon. Bereits 1927 wurde ein Kindergarten im Innenhof der Siedlung fertiggestellt.

Die Siedlung galt als Vorzeigeprojekt für den kommunalen Wohnbau nach Wiener Modell und größte geschlossene Gemeindebausiedlung in Graz. Danach wurde die Anlage jahrzehntelang ihrem Schicksal überlassen. Noch heute kann man an manchen Stellen die weißen Pfeile sehen, die während des Zweiten Weltkrieges den Weg in die Luftschutzräume wiesen. Erst 2000 wurde unter dem damaligen Wohnungsstadtrat Ernest Kaltenecker mit der Sanierung begonnen, die seit 2005 von Stadträtin Elke Kahr fortgeführt wird. Seither wurden gut 300 Wohneinheiten saniert.



MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr

Es gibt viel zu tun

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Jeden Tag habe ich mit Schicksalen von Menschen zu tun. Die Krise und die bevorstehenden Kürzungen und Belastungspakete tragen dazu bei, dass es für eine immer größere Anzahl von Menschen schwieriger wird, das tägliche Leben zu bestreiten. Vor allem sehe ich, dass immer öfter Durchschnittsverdiener betroffen sind.

Dabei gehen fast alle Parteien nach demselben Muster vor. Unter dem Motto - Teile und herrsche wird medienwirksam versucht, verschiedene gesellschaftliche Schichten und Gruppen gegeneinander auszuspielen. Das ganze wird dann noch mit Studien von sogenannten Experten untermauert, damit es auch noch der letzte glauben soll. Man versucht, Jüngere gegen Ältere, sozial Schwache gegen Berufstätige, Frauen gegen Männer auszuspielen. Das tun sie, damit die Solidarität unter

den Menschen verloren geht und die wirklich Reichen weiter schalten und walten können. Politiker sind von den Menschen gewählt worden, um Lösungen für die Sorgen und Probleme zu finden und ihnen zu helfen, wo es möglich ist. Wir sind nicht gewählt worden, um persönlichen Ehrgeiz auszuleben oder es sich in gut dotierten Posten bequem zu machen. Wenn es nur mehr darum geht, an der Spitze zu stehen, von einem Event zum nächsten zu huschen und eine Politik zu betreiben die den Großkopferten dient, dann stimmt etwas nicht.

Die KPÖ hat die Weisheit nicht gepachtet, aber wir sind im Rathaus und in der täglichen Arbeit eine soziale und berechenbare Kraft, die auf der Seite der Bevölkerung steht. Bei uns weiß man, was man wählt.

Ihre Stadträtin Elke Kahr
Tel. 872 20 60



KLEIN, ABER MIT BISS



Die Politiker reden immer vom Sparen. Leider kann ich da nicht mittun, ich hab grad genug zum Durchkommen und mir bleibt nichts zum Sparen.

INHALT

Bilanz Wohnungsressort.....	4
Gold für Sarah	5
Aus dem Grazer Gemeinderat...6	
Verkehrsverbund wieder teurer.7	
Wünsche nach dem Schuljahr...8	
Sozialratgeber erschienen.....	8/9
Pensions-Unrecht.....	11
Problematisches Glücksspiel	12
Aus Stadt und Land	13 – 16
Ferientipps	20
Rettet die Mur	22
Bezirksnachrichten.....	24/25
Kleinigkeiten, Impressum..	26/27
Volkshausfest-Vorschau	28



Der Einbau von modernen Nasszellen in ehemaligen Substandardwohnungen ist fixer Bestandteil bei allen umfassenden Sanierungen. Etwa hier in der Kindermannsasse 31.



Schön sanierte Altbauwohnungen. Dazu gehört auch der Einbau von neuen Fenstern, Türen und Parkettböden.



RAT UND HILFE

Mieterschutzverband
Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte
um tel. Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

STÄDTISCHES WOHNUNGSAMT Beeindruckende

Die Hälfte der laufenden Funktionsperiode des Grazer Gemeinderates ist vorüber. Grund genug für Wohnungstadträtin Elke Kahr, auf die vergangenen zweieinhalb Jahre zurückzublicken.

Sanierungen

Mit Förderungsmitteln des Landes Steiermark konnten seit 2008 21 städtische Wohnhäuser umfassend saniert werden. Dabei wurden 183 Wohnungen mit zeitgemäßen Nasszellen, Fernwärmeanschlüssen und Parkettböden ausgestattet. Viele Wohnungen verfügen darüber hinaus über Balkone und Lärmschutzfenster.

Weitere 20 städtische Häuser wurden einer sogenannten „§ 18 – Sanierung“ unterzogen, wobei zum Teil auch Wärmedämmungen aufgebracht und Fenster ausgetauscht wurden.

Im Zuge von Neuvermietungen wurden 632 Wohnungen brauchbar gemacht, in weitere 172 Wohnungen wurden Zentralheizungsanlagen (vorwiegend Fernwärme)

eingebaut. Im Rahmen des Nasszelleneinbauprogramms wurden zusätzliche 16 Wohnungen mit modernen Nasszellen ausgestattet.

Zusätzlich wurden vom städtischen Wohnungsamt weitere 12 Wohnhäuser mit neuen Fenstern ausgestattet, Wasserleitungen erneuert, Innenhöfe und Balkone saniert, Dächer neu gedeckt sowie unzählige „kleinere“ Sanierungsarbeiten durchgeführt. **Gesamtinvestitionssumme: mehr als 20 Millionen Euro!**

36 neue Wohnungen errichtet, 304 Wohnungen in Planung

In der Raiffeisenstraße, Egenberger Allee sowie in der Robert-Fuchs-Straße entstanden seit 2008 in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Genossenschaften 36 neue Wohnungen. 314 Wohneinheiten sind in Planung. Besonders hervorzuheben ist das Projekt in der Zeillergasse/Floßlendstraße, wo unter dem Arbeitstitel „kommunaler Wohnbau anders“ 43 zum Großteil barrierefreie Wohnungen in Passivenergie-



Der Einbau eines Liftes und der Anbau von Balkonen zum großen Innenhof heben zusätzlich die Wohnqualität für die künftigen Bewohner, in der Schmölzergasse 11.

Halbzeitbilanz

bauweise entstehen werden. Weitere Besonderheiten dieses Projektes sind eine Photovoltaikanlage, die Errichtung eines Quartiersparks, ein Mobilitätspaket mit Carsharing, eine Solartankstelle sowie ein Gemeinschaftsraum.

Wohnungsamt kurbelt Wirtschaft an

Elke Kahr: „Besonders freut es mich, dass wir für unsere Mieter nicht nur laufend zeitgemäßen und leistbaren Wohnraum zur Verfügung stellen können, sondern darüber hinaus auch noch ca. 200 Arbeitsplätze im Großraum Graz sichern.“



Schmölzergasse 11. Der wunderschön sanierte Altbau steht kurz vor der Fertigstellung.



Ebenfalls kurz vor der Fertigstellung nach umfassender Sanierung: Kindermannngasse 31. Der Bau wurde aufgewertet durch den neuen Lift und Balkonanbauten im Innenhof.

zuhören. helfen. durchsetzen.

Claudia Klimt-Weithaler

KPO
wirkt

Liste 3 bei der Landtagswahl
am 26. September



Prankergasse 61. Der wunderschön sanierte Altbau steht kurz vor der Fertigstellung: Umfassende Sanierung inklusive Lifteinbau und Balkonanbauten. Eine Aufwertung nicht nur für die Mieterinnen und Mieter, sondern für den gesamten stark vom Verkehr belasteten Stadtteil.

Mieter-Notruf

Tel. 0316 717108

Beratung und Hilfe in allen
Wohnungsangelegenheiten. Mit
KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr



Gold für Sarah



Foto Fischer

Eine Goldmedaille im Rollerskaten (1000 m) sowie eine Bronzemedaille beim Rollerskater-Staffellauf brachte Sarah Schmölzer, 19 Jahre, von den Nationalen Sommerspielen bei den Special Olympics in St. Pölten nach Hause. Sarah ist behindert und konnte bis zum 7. Lebensjahr nicht gehen. Seit 11 Jahren trainiert sie ihr Vater (links im Bild). Ihr größter bisheriger Erfolg war die Goldmedaille im Eisschnelllauf bei den Special Olympics in Idaho (USA) bei den Winterspielen 2009.

INITIATIVEN AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT



Ragnitzbad

Nur zwei Bäder gibt es im Osten von Graz. Eines davon, das private Ragnitzbad, leistet Wesentliches für die Familien der Region und deren Lebensqualität, weiß Andreas Fabisch. Gleichzeitig stehen große Investitionen zum Erhalt des Bades an, die von den Betreibern allein nicht bezahlt werden können.



Der KPÖ-Mandatar fordert bei Bürgermeister Siegfried Nagl Unterstützung für den Erhalt des Bades ein: „Eine Schließung wäre nach dem Ende des Pammerbades eine Katastrophe für die Menschen

am linken Murofer.“ Zur Erinnerung: Nagl versprach 2002 Hilfe für das Pammerbad, hielt sich allerdings nie daran. Das Bad sperrte 2004 nicht mehr auf.

Hochwasser

Nachdem der Mai ein verlängerter April war und Graz ordentlich eingeregnet wurde, war vielerorts die Angst vor dem Hochwasser da.



KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann nahm das zum Anlass, im Gemeinderat in Sachen Schutzmaßnahmen nachzubohren.

Stein des Anstoßes: Am Schöcklbach werden nur Maß-

nahmen gegen 50-jährige Hochwässer getroffen, obwohl die Anrainer immer öfter von stärkeren „100-jährigen“ Hochwässern geflutet werden.

Luxus-Kopierkosten

Einen Euro muss man für jede kopierte Seite eines Gerichtsakts bezahlen; bis Juni 2009 waren es noch 40 Cent. Das ist für viele nicht leistbar. Der Rechtsweg und ein faires Verwerden unerschwinglich, weil Gerichtsakten schnell einmal 100 und mehr Seiten umfassen können.



Ein Dringlicher Antrag von KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer wurde einstimmig

angenommen, wonach eine Petition an den Bund geht, die Kopien künftig zum Selbstkostenpreis anzubieten.

Spielplatz

Spielen macht Spaß – nicht Snur Kindern. Im Herbst 2008 öffnete der erste Spielplatz für Seniorinnen und Senioren beim Pflegewohnheim in der Körösisstraße und hält die Bewohner fit und rege. Die Anlage wird gut angenommen.



Deshalb stellte KPÖ-Mandatarin Uli Taberhofer im Gemeinderat den Antrag, einen derartigen Senioren-Spielplatz im Rösselmühlpark zu errichten. So könne sich der Park zu einem Begegnungsort von Alt und Jung entwickeln.

18 MIO EURO FÜR PRIVATE SPORTANLAGE?
Sportplätze aufwerten

Graz hat zu wenig Sportplätze und Sporthallen. Nun will man um 24 Millionen Euro eine private Halle mieten. Ein Bombengeschäft für Investoren.



Wir haben in Graz längst keine heile Welt mehr in punkto Sportstättenangebot für Kinder, Jugendliche und Erwachsene! Einige Bezirke haben nicht einmal einen intakten Bezirkssportplatz, vorhandene sind veraltet und heruntergekommen“, sagt KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora.

Sikora fordert mehr Mut von der Stadt in Sachen Sportanlagen: „Wir müssen uns schämen, wenn über 2000 Zuseher zu den Grazer Gi-

ants in die Baracke nach Eggenberg kommen. Wir brauchen auch eine Ballspielhalle, die kleineren Vereinen kostengünstig zur Verfügung gestellt wird“.

18 Millionen für Investor

Solche Vorhaben seien wichtiger als Subventionen für Events, die nach einigen Stunden vorbei sind, meint Sikora. Doch statt die eigenen Sportplätze aufzuwerten, will die Stadt Unsummen für ein privates Sportzentrum zahlen. Im ehemaligen Euroshopping in der Kärntnerstraße wollen private Investoren um 10 MillionenEuro eine Riesen-

Sportstätte aus dem Boden stampfen – aber nur, wenn die Stadt die Anlage für 25 Jahre mietet – um gut 80.000 Euro pro Monat. Macht in 25 Jahren 24 Millionen Euro. Ein Bombengeschäft für die Investoren, ein Riesenverlust für die Stadt. Obwohl das Projekt dem Gemeinderat nicht vorgelegt wurde, ist es damit nicht vom Tisch. Bürgermeister Nagl verhandelt noch...



PLATZ FÜR KINDER

„Kinder haben ein Recht zum Spielen“, meint KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora. Der Haken: Es gibt zu wenig Platz. Einerseits sind da ältere Bewohner, die Ruhe suchen, andererseits wollen Kinder ihrem Bewegungsdrang freien Lauf lassen.

Den geringen Stellenwert der Kinder zeigt auch die Gestaltung öffentlicher Plätze. „In Graz dominieren langweilige Betonwüsten und Verkaufsstände“, stellt Sikora fest. Darum fordert er einen Masterplan für „Mehr Platz für Kinder“. Wohnprojekte sollten verpflichtend geeignete Spielplätze erhalten, bei bestehenden Anlagen gehört nachgebessert. Wohnbauträger müssen genauso in die Pflicht genommen wie die Verantwortlichen der Stadt.

FERIENTICKET: PREIS VERDOPPELT

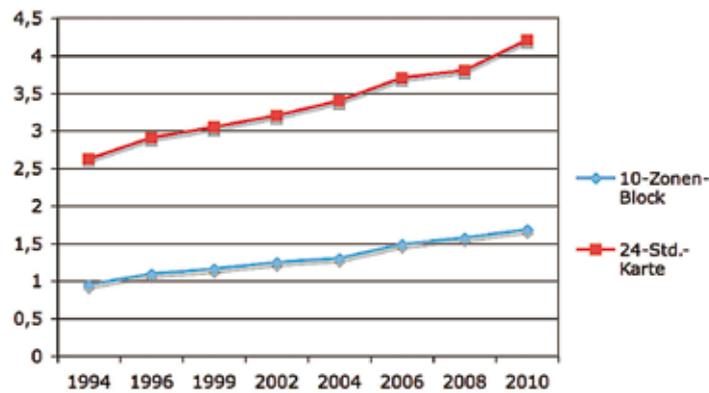
GVB schon wieder teurer

Bus und Tramway kosten schon wieder mehr. Und das Ferienticket für Kinder ist gleich doppelt so teuer wie 2009.

Mit 1. Juli wurden die Tarife im Verkehrsverbund erneut angehoben. Obwohl sie auch in den vergangenen Jahren regelmäßig hinaufgesetzt wurden. Das Ferienticket für Schüler kostet sogar doppelt soviel wie zuletzt.

Die GVB-Wochenkarte kostet nun 10,70 Euro (2007 noch 9,60 Euro), für einen 10-Zonen-Block muss man 16,80 Euro hinblättern (2007 noch 14,80 Euro). Teurer sind auch die 24-Stunden-Karte, die Monats-, Halbjahres- und Jahreskarten. „Angesichts der Feinstaubbelastung ist das ein falsches Signal. Man müsste über eine Senkung der Tarife nachdenken“, sagt

Tarifsteigerung bei den Öffis 1996-2010



KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch. Sein dringlicher Antrag dazu fand im Gemeinderat leider keine Mehrheit.

Jugend zahlt drauf

Kinder und Jugendliche trifft es am schlimmsten. Das Ferienticket kostet heuer 39,90 Euro. 2009 waren es nur 19,90 Euro für die Schüler-Ferienkarte. Zum Vergleich: In Wien gilt

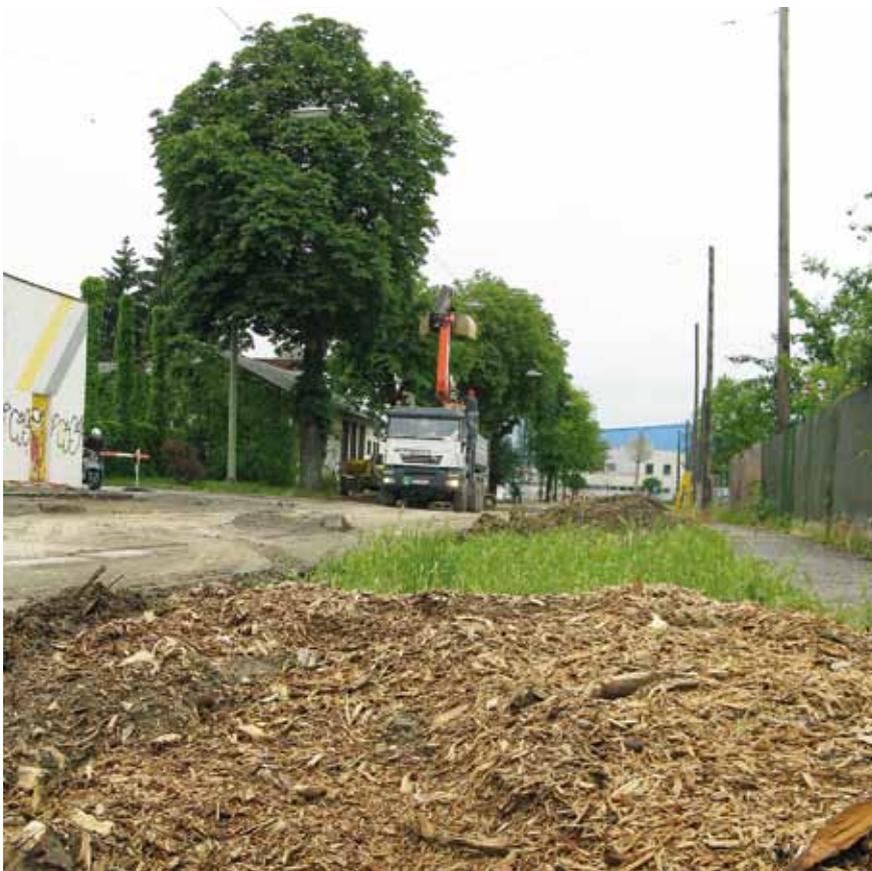
für Kinder während der Ferien Nulltarif.

Für die ÖBB-Züge braucht man eine Vorteilscard, die extra kostet. „Da wurde wieder ein Wahlversprechen gebrochen – nämlich die Tarife nicht anzuheben. Dieses Ferienticket ist eine massive Belastung für viele Familien“, ärgert sich KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora.

Kahlschlag

Die Allee in der Asperngasse wurde geschlägert.

Für die neue Umkehrschleife der GVB sind zahlreiche gesunde Bäume gefällt worden. KPÖ-Bezirksmandatar Stefan Gamsjäger: „Das hat große Empörung ausgelöst. Gesunde und jahrzehntelang gewachsene Bäume sind der geplanten Nahverkehrsdrehscheibe zum Opfer gefallen.“ Es ist unverständlich, dass man so wenig Rücksicht auf Natur und Bewohner nimmt.



ZITIERT

Die Aktien von französischen und deutschen Banken sind am Tag, als das Rettungspaket für Griechenland beschlossen wurde, um bis 25 % gestiegen. Daran sieht man, dass es nicht um die Menschen, sondern nur um die Rettung der Banken und der reichen Griechen ging.

Karl Otto Pöhl, Ex-Chef der deutschen Bundesbank.

Die Euroschwäche hat mehr mit den Spekulationen der Hedge-Fonds-Gemeinde zu tun, als mit der Griechenlandkrise.

Lee Munson, US-Hedgefonds-Manager, über seine Branche.



GRATIS-VERTEILAKTION

Laut gegen rechts!

Love music - hate fascism!

Antifaschistischer Sampler unter anderem mit:

ATTWENGER / RUSSKAJA
TEXTA / TOCOTRONIC
LOS FASTIDIOS / MONO & NIKITAMAN / SIGH MARON
CHRISTOPH & LOLLO
GUADALAJARA
 UND VIELEN ANDEREN

Am letzten Schultag:
FREITAG, 9. JULI
 HAUPTPLATZ GRAZ 1 AB 10 UHR

Nicht nur zum Schulabschluss...

Ideen für eine bessere Schule von Gemeinderat Andreas Fabisch, KPÖ-Bildungssprecher.

...sollten **SchulpsychologInnen** mit Rat und Hilfe zur Seite stehen, am besten, indem sie unterm Schuljahr wöchentlich an jeder Schule Sprechstunden halten.

...gehört der **Förderunterricht**, der vor Ort das ganze Jahr meist gut funktioniert, weiter ausgebaut.

...darf Legasthenie keine **Kostenfalle** für Eltern werden – das Angebot zur Gratisbetreuung muss an den Schulen bestehen.

...sollte die Senkung der **Klassenschülerhöchstzahl** rascher vorangetrieben werden (verbunden mit gewaltigen Schulausbauten).

...gehören **Ganztagschulen** forciert, am besten mit verschränktem Unterricht (Abfolge von Unterrichtseinheit, Übungs- und Erholungsphase), die sich als hervorragendes Mittel gegen schlechte Noten erweisen.

...wäre es für die Oberstufe längst an der Zeit, ein gut gemachtes **Kurssystem** einzuführen, welches das herkömmliche Wiederholen einer Klasse im Normalfall überflüssig macht. Wie auf der Uni müssten nur die negativ abgeschlossenen Fächer bzw. Kurse absolviert werden.

Dafür tritt die KPÖ ein und für einen...

...Schönen Sommer!

Andreas Fabisch

SOZIALRATGEBER FÜR GRAZ: JETZT ANFORDERN

Hilfe fürs täg



Griss um den neuen Sozialratgeber, präsentiert von KPÖ-Landtagsabgeordneter Claudia Klimt-Weithaler und KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr: Die erste Auflage war schnell vergriffen.

Welche Unterstützungen gibt es? Worauf habe ich Anspruch? Wohin muss ich mich wenden? Der neue Sozialratgeber der KPÖ soll helfen, einen Überblick zu bekommen. Er kann jetzt kostenlos bestellt werden.

Es ist nicht leicht, aus dem Edschungel aller Beratungsstellen und Beihilfen jene herauszufiltern, die man selbst aufsuchen bzw. in Anspruch nehmen kann. Viele Menschen verzichten lieber auf Unterstützungen, die ihnen zustehen, bevor sie sich mühevoll zu den richtigen Stellen durchfragen.

Infos von A-Z

„Oft wissen die Menschen nicht, wohin sie sich mit ihren

Problemen wenden können“, weiß Stadträtin Elke Kahr aus persönliche Erfahrung von ihrer Tätigkeit als Wohnungsstadträtin. Aus diesem Grund hat die Grazer KPÖ den Sozialratgeber, der bereits in der Vergangenheit erschienen ist, in einer aktuellen, noch umfangreicheren und übersichtlicher gestalteten Überarbeitung neu aufgelegt.

Der neue Sozialratgeber enthält insgesamt rund 500 Beratungsadressen und behandelt die verschiedensten Lebensbereiche, von den Themen Arbeit und Gesundheit bis hin zu Pflegegeld, Recht und Gericht, Schulden und Wohnen. Daneben gibt es spezielle Kapitel für einzelne Personengruppen, wie Männer, Frauen, Kinder und Jugendliche, Babys, Alleinerziehende,

Senioren und MigrantInnen. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis soll helfen, sich rasch zurechtzufinden.

Kinderzuschuss und warmes Essen

Erwarten Sie ein Baby? Im Sozialratgeber stehen Tipps und Adressen zu Schwangerschaft und Geburt, und Sie können gleich herausfinden, wo der Mutter-Kind-Pass ausgestellt wird oder wie Sie zur Geburtsurkunde ihres Sprösslings kommen. Sie erfahren aber auch, welche Varianten des Kinderbetreuungsgeldes es gibt und wann Ihnen der Kinderzuschuss des Landes zusteht.

Menschen mit Behinderung werden über Behinderntenpass und Behindertenanwaltschaft genauso aufgeklärt

liche Leben

wie darüber, wo Sie als behinderte Studierende Beratung und Begleitung finden können. Senioren erfahren, wie sie mittags zu einem warmen Essen kommen, ohne selbst zu kochen, und können nachschlagen, wo die Seniorencard, die zahlreiche Vergünstigungen bietet, zu beantragen ist und was die GVB-Mobilitäts-card kann. Fast jede/r findet im Sozialratgeber einen Hinweis, der das Leben erleichtern oder verbilligen kann.

Kostenlos erhältlich

„Natürlich kann ein persönliches Gespräch durch nichts ersetzt werden, aber der Sozialratgeber bietet eine erste Orientierungshilfe und gibt Auskunft über Einrichtungen, speziell für Grazerinnen und Grazer“, meinte Stadträtin Kahr anlässlich der Vorstellung der neuen Broschüre.

Der Sozialratgeber kann in der KPÖ-Bezirksleitung unter der Tel. 71 24 79 oder im Büro von Stadträtin Kahr (Tel. 872-2060). Er ist für Privatpersonen gratis, Einrichtungen zahlen einen geringen Unkostenbeitrag. Man kann die Broschüre aber auch downloaden, und zwar unter www.kpoe-graz.at (Stichwort Rat und Hilfe).

RAT UND HILFE IN WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband
Sparbersbachgasse 61
Tel. 0316 / 38 48 30
(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)
Sprechstunden – Bitte um telefonische Voranmeldung!
Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr
Freitag 9.00 – 11.30 Uhr
www.mieterschutzverband.at

SOZIALPASS

Ein Sozialpass (oder Aktiv-Card) wie es ihn schon in vielen steirischen Städten gibt, soll das Überleben im Bürokratie-Dschungel für Benachteiligte und Menschen mit geringem Einkommen vereinfachen.

„Trotz einstimmigen Gemeinderatsbeschlusses wird die Umsetzung ständig verschleppt“, kritisiert KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann.

Sündenfall Schwarz-Grün

In der deutschen Stadt Freiburg im Breisgau (Baden-Württemberg) konnte eine Bürgerbewegung die Privatisierung der städtischen Wohnungen durch die grün-schwarze Stadtregierung vereiteln. Der kommunistische Stadtrat Hendrijk Guzzoni war zu Gast in Graz.

Guzzoni: „Ein besonders großer Sündenfall von Schwarz-Grün in Freiburg war der Plan, die 8.000 Gemeindewohnungen zu privatisieren, um die Stadt angeblich schuldenfrei zu machen. Es ist einer breiten Bürgerinitiative gelungen, einen Volksentscheid zu erreichen, der bei einer



Hendrijk Guzzoni, Stadtrat (Gemeinderat) Freiburg im Breisgau: Grüne sind weder gewaltfrei, noch sozial, noch basisdemokratisch.

Wahlbeteiligung von über 40 Prozent eine Mehrheit von 70 Prozent gegen diesen Ausverkauf gebracht hat. Der Schuldenstand von Freiburg ist seit dem Volksentscheid gegen die Privatisierung nicht gestiegen, sondern gesunken.“ Ausführliches Interview auf www.kpoe-graz.at (Stichwort Guzzoni, Freiburg)



Ferien 2010

Sommer, Sonne, Ferien: Los!

Tolle Ferienangebote für Kids von 6 bis 15 Jahren

AUSZEICHNUNG FÜR FERIENQUALITÄT

2009
LAND STEIERMARK

Turnersee „FD“

Für Kinder von 6 bis 15
Am Fuße des Kitzelberges, mit Blick auf den Turnersee mit eigenem Badestrand, in 13 Bungalows mit Vier- und Sechsbettzimmern (Stockbetten) abseits von Straßen und Verkehr, mit eigenen Sportanlagen, finden 190 Kinder unter verantwortungsvoller Betreuung Platz.

Termine: 01.08. bis 14.08. (2 Wochen)
01.08. bis 21.08. (3 Wochen)

Termin Actionwoche:
25.07. bis 31.07. (1 Woche)
15.08. bis 21.08. (1 Woche)

Spezialangebote in der Kinderlandvilla St. Radegund bei Graz oder im Feriendorf/ Kärnten: Actionwochen / Reitwochen oder Familienwochen.

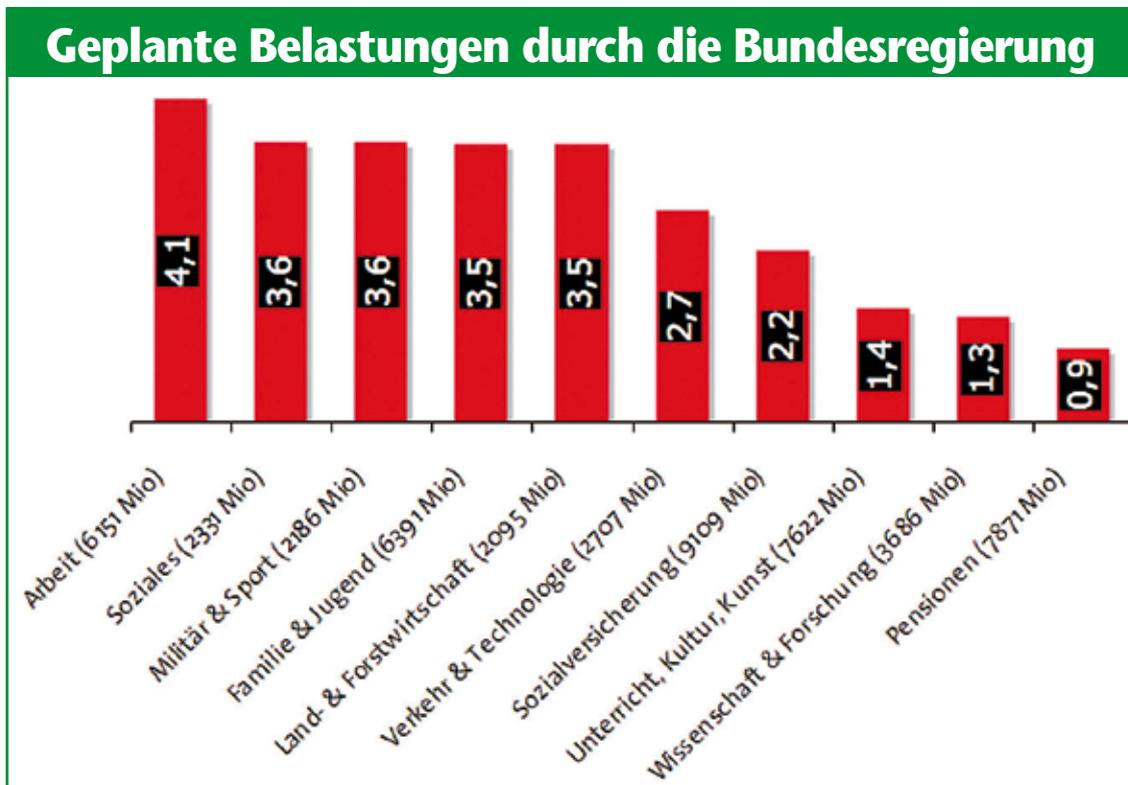
INFORMATION UND ANMELDUNG:
Ferienhotline: 0316/82 90 70
Fax 0316 / 820610 • Mehlplatz 2, 8010 Graz
E-mail: office@kinderland-steiermark.at
Katalog anfordern oder einfach von der Homepage downloaden
www.kinderland-steiermark.at

VIELES TEURER Preise regeln!

Die Inflation (Geldentwertung) ist wieder gestiegen, vieles wurde teurer. Die Bezüge von Arbeitenden und Pensionisten steigen aber nicht. Die ist KPÖ für eine amtliche Preisregelung bei Nahrung und Energie.

Während uns die Krise noch immer voll im Griff hat, die Arbeitslosigkeit weiter hoch ist und arge Sparpakete drohen, steigen die Preise wieder. Zwei Prozent macht die Inflationsrate aus – mehr als die Zinsen am Sparbuch. Selbst mühsam Ersparnes verliert damit an Wert. Immer mehr Menschen müssen mit weniger Geld auskommen. Deshalb fordert die KPÖ eine Preisregelung für Grundnahrungsmittel, Energie und Treibstoffe.

Vor allem wegen der Treibstoffpreise ist die Inflationsrate gestiegen. Strom, Gas, Fernwärme werden so wie Lebensmittel immer teurer. Gleichzeitig wollen Regierung und Unternehmer die Krise zur Senkung der Einkommen und für neue Massensteuern ausnützen. Die Annahme, die wirtschaftliche Liberalisierung auf EU-Ebene würde eine Preisentwicklung zugunsten der Konsumenten bringen, hat sich schon längst in Luft aufgelöst. Ein Eingreifen ist dringend notwendig. Die KPÖ tritt für eine amtliche Preisregelung bei Gütern des täglichen Bedarfs ein. Dieses System hat in den Jahren des Wiederaufbaus in Österreich funktioniert und wurde vor dem Beitritt zur EU abgeschafft.



WIR SOLLEN FÜR DIE SPEKULANTEN ZAHLEN

Auf Krise folgt Sozialabbau

Dass die Europäische Union ein Projekt zur Durchsetzung der Interessen von Großkonzernen und Superreichen ist, wird im Zuge der Budgetsanierungen EU-weit bewiesen.

In den vergangenen Wochen list kaum ein Tag vergangen, an dem nicht ein weiteres Belastungspaket einer europäischen Regierung angekündigt wurde. Die Sanierung der Haushalte wird als unausweichliche Lösung der Wirtschaftskrise dargestellt. Die hunderten Milliarden Euro, die von den Regierungen in Europa zur Rettung von Banken und der Gemeinschaftswährung aufgewendet wurden, sollen nun wieder hereingebracht werden.

Den bisher präsentierten Maßnahmen ist eine Eigenschaft gemeinsam: In allen

veröffentlichen Sanierungsplänen zwischen Griechenland und Portugal, Italien und Spanien, Großbritannien und Deutschland wird die Hauptlast der Einsparungen mit den Arbeitern und Angestellten, Beamten und Pensionisten jenen Gruppen der Bevölkerung aufgebürdet, die nicht die geringste Schuld an der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft trifft.

Diese radikale Kürzung der Realeinkommen reduziert die Kaufkraft und wirkt sich negativ auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung aus. Experten rechnen mit steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Investitionsbereitschaft.

Falsche Umverteilung

Unangetastet bleiben hingegen jene Mechanismen, die die Umverteilung von unten nach oben – von Arm zu Reich – bewirken und mitverant-

wortlich für das Ausmaß der Finanz- und Wirtschaftskrise waren und sind. Das trifft insbesondere auf die steuerliche Sonderbehandlung der Konzerne und Großvermögen zu; sie werden per Gruppenbesteuerung und Stiftungsrecht vor Zugriffen des Finanzamts verschont.

Ein Zeichen setzen!

Um die wahren Sparpläne der österreichischen Regierung ist es derzeit verdächtig still. Sämtliche Beobachter sind sich jedoch einig, dass die Vorhaben nach den Landtagswahlen in der Steiermark und Wien auf den Tisch kommen. Schon jetzt sollten die unselbstständig Erwerbstätigen sich auf massive Übergriffe gefasst machen. Niemand kann SIE daran hindern, noch vorher durch die Stimme für die KPÖ ein deutliches Zeichen für soziale Gerechtigkeit zu setzen.

GESETZESPLÄNE: LÄNGER ARBEITEN, WENIGER GELD?

Anschlag auf die Pensionisten

Die Regierung will bei den Pensionen den „Sparstift“ ansetzen. Laut EU-Vorgaben sollen einerseits Pensionen keinen Teuerungsausgleich mehr erhalten, andererseits soll die Lebensarbeitszeit erhöht werden.

Am feigsten sind Angriffe auf Personen oder Bevölkerungsgruppen, die sich nicht wehren können. Das trifft auf die Pensionisten zu. Sie können nicht streiken oder zu anderen Kampfmaßnahmen greifen. So werden sie zum Spielball von Politikern, die die Lasten der Bankenkrise auf die Bevölkerung abwälzen wollen.

Dass die österreichischen Pensionisten nach dem Berufsleben nicht auf Daunen gebettet sind, zeigt der hohe Anteil vor allem der Pensionisten, die mit Bezügen unter dem Existenzminimum von derzeit 951 Euro oder gar der Ausgleichzulage von 783,99 Euro auskommen müssen. Angesichts dieser Situation hat die EU-Kommission ein Schäufelr nachgelegt und die Regierungen der Mitgliedsländer aufgefordert, das Pensionsantrittsalter hinaufzusetzen. Laut EU-Vorgabe sollen die Leute ab 2030 EU-weit bis 70 arbeiten! Eine zynische Forderung angesichts des Anstiegs der Altersarbeitslosigkeit.

Pensionisten als Spielball der Politik

Dass die Pensionisten für die Politiker nur ein Spielball sind wird immer kurz vor Jahresschluss demonstriert: In schöner Regelmäßigkeit wird eine gerechte Pensionserhöhung verweigert, gleichgültig

ob die Regierung rot-schwarz oder schwarz-blau zusammengesetzt ist.

Dabei fällt nicht nur unter den Tisch, dass Pensionisten ein Anrecht auf einen würdigen Lebensabend haben, es wird auch verschwiegen, dass die Pensionen leichter zu finanzieren wären als noch vor 20 Jahren. Man müsste nur die Unternehmensprofite in die Beitragsberechnung mit einbeziehen und das Geld für die Pensionsversicherung nicht allein bei den Löhnen und Gehältern der Beschäftigten eintreiben. Wo sind die Zeiten, als der ÖGB dafür gekämpft hat, dass in Lohn-, Gehalts- und Pensionsverhandlungen neben der Inflation die Steigerung der Produktivität abgegolten wird? – Der Verzicht auf diese Möglichkeit forciert die Umverteilung von unten nach oben. Ein Prozess, der – wie die Krise zeigt – Wirtschaft und Gesellschaft in den Ruin treibt.

ZVP Zentralverband der Pensionisten
SPRECHSTUNDEN
 MO. bis FR. von 10 bis 12 Uhr
 Lagergasse 98a, 8020 Graz
 E-Mail: zentralverband@gmx.at
☎ 0316/ 71 24 80 / Voranmeldung erbeten.
Wir helfen bei:
 ● Anträgen um **Pflegegeld** ● Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
 ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
 ● anderen Problemen

Jeden DO. gemütlicher Nachmittag im Volkshaus



Augartensauna rücksichtslos zugesperrt
 Trotz 4.000 Protestunterschriften sperrt die schwarz-grüne Stadtregerung die Augartensauna zu. Das Objekt soll neu verwertet werden.

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Zurück zum Schilling?

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.

Der Euro steckt in der Krise. Soll Österreich wieder zum Schilling zurückkehren?

Ja **Nein**

Eigene Gedanken und Anregungen:

Ich möchte regelmäßige Informationen über die Arbeit der KPÖ erhalten

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL)



An das
Grazer Stadtblatt
 stadtblatt@kpoe-graz.at
 c/o KPÖ-Graz
 Lagergasse 98a
 8020 Graz

Fax: 71 62 91



MEINUNG

KPÖ-Landtagsabgeordneter
Ernest Kaltenegger

Wartezeiten beim Arzt verkürzen!

Bei den Problemen im Gesundheitswesen geht es nicht nur um Milliarden Euro. Oft könnte eine kleine Umstellung große Verbesserungen bringen.

In der Steiermark sind derzeit 602 AllgemeinmedizinerInnen sowie 326 FachärztInnen unter Vertrag mit der GKK. Laut Vertrag müssen diese Ärztinnen und Ärzte an 3 Vormittagen und 2 Nachmittagen nach 15 Uhr (oder an einem Nachmittag und Samstag Vormittag) ordinieren. Daraus ergibt sich ein Versorgungsengpass besonders von Freitag bis Sonntag, der dazu führt, dass die Ambulanzen überflutet werden. Das verursacht hohe Kosten, die sehr einfach vermieden werden könnten.

Das Problem kann durch eine bessere Koordination der Ordinationszeiten entschärft werden. Ohne

bürokratischen Aufwand und ohne zusätzliche Kosten könnte hier rasch eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung erzielt werden. Die Ärztinnen und Ärzte müssten nicht länger offen haben, sondern zu anderen Zeiten.

Ein entsprechender Antrag der KPÖ wurde im Landtag einstimmig angenommen.

Als Motivation, „unattraktive“ Ordinationszeiten zu wählen, sollten junge Ärztinnen und Ärzte bei der Vergabe von neuen Verträgen bevorzugt werden, die bereit sind, ihre Öffnungszeiten mit anderen Ordinationen in der Region zu koordinieren.

Ihr
Landtagsabgeordneter
Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104
ernest.kaltenegger@kpoe-graz.at

Glücksspielgesetz: Experten warnen!

Durch das Glücksspiel kommt es weltweit zu Problemen. Eine kanadische Studie kam zum Schluss, dass jeder Spielsüchtige durchschnittlich Folgekosten von 40.500 Dollar verursacht. Also mehr, als die Steuereinnahmen aus dem Glücksspiel in Österreich ausmachen.

„In jedem Bundesland, das das Automatenspiel erlaubt, ist in einigen Jahren mit einem Heer von Spielsüchtigen zu rechnen“, befürchtet der

Kärntner Universitätsprofessor Herwig Scholz, ärztlicher Leiter der Spielsuchtambulanz der Diakonie in Villach. Monika Lierzer, Leiterin der Fachstelle Spielsucht in Graz, warnt vor den höheren Einsatz- und Gewinnmöglichkeiten: „Das ist ein vermehrter Anreiz zum Spielen.“

In der Steiermark sind laut Suchtbericht des Landes bis zu 80.000 Menschen direkt oder indirekt als Angehörige von den Folgen der Spielsucht betroffen.

Glücksspielgesetz: Skandal-Beschluss

flickr/SteveC



Als skandalös bezeichnet der steirische KPÖ-LABg. Ernest Kaltenegger die Glücksspielgesetznovelle; sie wurde unlängst vom Nationalrat abgesegnet. Der Höchsteinsatz wurde von 50 Cent auf 10 Euro angehoben. Legal darf in Automatenalons (10 bis 50 Geräte) oder an Geräten in Einzelaufstellung (maximal drei Automaten) gespielt werden. Ein Spiel muss mindestens eine Sekunde dauern. Sprich: In einer Minute können 600 Euro verspielt sein!

Kritiker haben gravierende Mängel der Gesetzesvorlage aufgezeigt und darauf hingewiesen, dass sich durch die wesentlich höheren Einsätze und die noch höhere Dichte an Spielautomaten die bereits jetzt gewaltigen Probleme in Sachen Spielsucht noch drastisch verschärfen werden. Bereits jetzt sind laut Suchtbericht des Landes Steiermark zwischen 60.000 und 80.000 Menschen von den Folgen der Spielsucht betroffen.

Seit 2006 kämpft die stei-

rische KPÖ gegen die ausufernde Automatenflut und das Geschäft mit der Spielsucht. 11.000 Unterschriften wurden Landeshauptmann Franz Voves 2007 überreicht. Die SPÖ versprach, mit der KPÖ Verbesserungen zu beschließen. Die wichtigsten Forderungen waren und sind: Verbot des Geldscheineinzugs bei Spielautomaten, eine Erhöhung der Abgabe auf Automaten zumindest auf Wiener Niveau und die Einhaltung des Höchsteinsatzes von 50 Cent.

Das Land konnte sich aber zu keiner Lösung durchringen. Was kein Wunder ist. Denn SPÖ und ÖVP bekommen viel Geld für Inserate der Glücksspielkonzerne in ihren Parteizeitungen, wichtige Funktionäre dieser Parteien haben enge Kontakte zum größten heimischen Automatenkonzern.

Die KPÖ wird – als letzter Ausweg – nun für ein Totalverbot des Kleinen Glücksspiels in der Steiermark kämpfen.



LANDTAGSWAHL Kandidatinnen und Kandidaten stehen fest

Die KPÖ hat Mitte Juni ihre Grazer Kandidatenliste für die Landtagswahl am 26. Oktober festgelegt. Listen-Erste ist die KPÖ-Klubobfrau im Landtag, Claudia Klimt-Weithaler, die die KPÖ als Spitzenkandidatin in die Landtagswahl führen wird. An zweiter Stelle folgt der Mathematiker Philipp Funovits, der ÖH-Vorsitzender an der Karl-Franzens-Universität Graz war. Auf Platz 3 kandidiert die Sozialarbeiterin Karin Gruber. Sie ist seit 2005 im Landtagsklub der KPÖ und an zahlreichen Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung beteiligt. Auf den vierten Platz wurde der langjährige Magna-Arbeiterbetriebsrat Peter Scherz gewählt.

LANDTAGSWAHL AM 26. SEPTEMBER: DENK NACH – WÄHL KPÖ!

Kämpfen gegen Ungerechtigkeit

Am 26. September wird ein neuer Landtag gewählt. Was wäre die Steiermark ohne die KPÖ? Löhne und Sozialleistungen sinken, Ausbeutung und Ungerechtigkeit steigt. KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler im Gespräch.

Was hat die KPÖ in den letzten 5 Jahren im Landtag erreicht?

CLAUDIA KLIMT-WEITHALER: Wir sagen den Menschen, was passiert, decken Ungerechtigkeiten auf, kämpfen um Verbesserungen für Behinderte, für Pflegeeltern, haben durchgesetzt, dass die Arbeit von Frauen aufgewertet wurde, ringen um gerechte Löhne und eine Mindestsicherung, von der man

leben kann. Nur durch unseren Druck wurden Sozialhilfe-Fristen verkürzt, der Regress abgeschafft und der Gratis-Kindergarten eingeführt. Wir haben immer im Sinn der Bevölkerung gehandelt und nicht im Namen von mächtigen Lobbys. Und unsere Arbeit war immer nachvollziehbar und transparent.

Was wäre, wenn die KPÖ nach der Wahl im September nicht mehr im Landtag vertreten ist?

C. K.-W.: Die KPÖ ist das soziale Gewissen des Landes. SPÖ, ÖVP und FPÖ tun immer wieder so, als ob sie im Sinne der Menschen handeln, unterscheiden sich aber nur nach außen. An den Taten merkt man, dass sie ganz gleich agieren, sich gemeinsam gegen positive Ver-

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ-Landtagsabgeordnete): „Wir müssen für Gerechtigkeit kämpfen“.



änderungen stemmen und vor allem in ihrem eigenen Sinn und dem ihrer Parteifreunde handeln.

Was können sich die WählerInnen nach der Wahl von der KPÖ erwarten?

C. K.-W.: Wir werden weiter konkret für die Menschen da sein. Bei uns gibt es immer eine offene Tür, ein offenes Ohr. Im Landtag werden wir für eine gerechte und soziale Politik kämp-

fen, bei der niemand auf der Strecke bleiben darf. Und wir werden natürlich mit unserem Sozialfonds helfen, der aus den Gehältern unserer Politikerinnen und Politiker gespeist wird. So haben wir schon mit mehr als einer Million Euro Menschen in Not geholfen.

Was ist Ihre Vision für die Steiermark, was wäre ein Idealzustand?

C. K.-W.: Ich wünsche mir eine gerechte Steiermark, in der alle – egal ob Frau oder Mann, alt oder jung, egal welcher Herkunft – ein gutes Leben führen können. Derzeit geht das nicht. Derzeit wird von unten nach oben verteilt, werden Arme ärmer, Reiche reicher, der Bereich dazwischen kleiner. Um Gerechtigkeit müssen wir kämpfen!



1600 Euro Mindestlohn

Die ÖVP lehnt es vehement ab, einen menschenwürdigen Mindestlohn in Österreich gesetzlich zu verankern. „Es ist seltsam, wenn hoch bezahlte Berufspolitiker im Namen von Berufstätigen mit weniger als 800 Euro im Monat eine Sozialschmarotzerdebatte führen“, wundert sich KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler. Die KPÖ fordert einen Mindestlohn von 1600 Euro brutto pro Monat.

Warten für Behinderte

Bei Lohnkostenzuschüssen müssen Menschen mit Behinderung bis zu 6 Monate auf eine Entscheidung warten. Das schreckt Firmen ab, die Behinderte anstellen würden. Die KPÖ schlug eine Verkürzung der Entscheidungsfristen vor – SPÖ und ÖVP waren dagegen. Sie wollen zuerst eine Studie bezahlen, um festzustellen, ob eine Verkürzung machbar sei.

Teure Berater

Alle sollen sparen, während die Regierenden das Geld verpulvern. Die Landesregierung hat von 2006 bis 2009 mehr als 16 Millionen Euro für „Berater“ – meist parteinahe Personen oder Institutionen – ausgegeben. Dazu kommen 10,7 Mio. Euro für Eigenwerbung. Spitzenreiter bei Berater-Ausgaben war 2009 Landeshauptmann Franz Voves mit fast 3,9 Millionen Euro. Dahinter liegt Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) mit 3,4 Millionen Euro, gefolgt von Umweltlandesrat Manfred Wegscheider (SPÖ), der sich seine eigene Ideenlosigkeit 3,3 Millionen Euro kosten ließ.

ABSAGE AN DEN SOZIALSTAAT

Die „Mindestsicherung“

Claudia Klimt-Weithaler
Löhne rauf! Profite runter!



Arbeit für
alle zu fairen
Bedingungen

Zuhören. Helfen. Durchsetzen.

KPÖ wirkt!

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Gewinne der Spekulanten und Manager werden nicht angetastet. Stattdessen sollen die öffentlichen Budgets auf Kosten der Ärmsten saniert werden.“

Seit Jahren wird über die Einführung einer Mindestsicherung geredet. Laut Ex-Sozialminister Buchinger sollte durch die österreichweit einheitliche Mindestsicherung die Armut in Österreich verringert werden. Als Höhe war der „Ausgleichszulagenrichtsatz“ (rund 784 Euro pro Monat) geplant, die Auszahlung sollte 14mal jährlich erfolgen.

Davon ist kaum etwas geblieben. Die Mindestsicherung soll niedriger sein als die aktuelle Sozialhilfe. Besonders für größere Familien und Alleinerzieherinnen ist die Mindestsicherung eine Verschlechterung, weil die Kinder viel zu niedrig „bewertet“ werden

SPÖ UND ÖVP GEGEN GÜNSTIGE ENERGIE

Strom bleibt zu teuer

Strom kostet an der Strombörse so wenig wie seit Jahren nicht. Trotzdem ist er für uns teuer – und wird das Dank SPÖ und ÖVP auch bleiben. Beide stimmten gegen eine von Landtagsabgeordnetem Werner Murgg (KPÖ) eingebrachte Gesetzesände-



KPÖ-LAbg. Werner Murgg

rung, wonach ein steirischer Energiefonds günstig Energie anbieten soll. Das Land Steiermark besitzt 75% des heimischen Energieversorgers ESTAG. Die Landesanteile sollen in einen Energiefonds übertragen werden, der dem Landtag untersteht und nicht wie bisher dem Landeshaupt-

mann. Der Fonds soll für steirische Haushalte einen Steiermark-Tarif anbieten, der keinen Gewinn abwirft. Den wirklichen Gewinn macht die Estag schon jetzt mit Großkunden, damit ließe sich ein günstigerer Tarif für die Steirer finanzieren. SPÖ und ÖVP waren dagegen. Sie wollen die Macht in den Händen ihrer Landeshauptleute wissen.



26. September: eine Wahl, die sich lohnt!
Feuerzeug anfordern unter 877/51 04

macht Arme noch ärmer

und weil auf die Miete nur mehr pauschal und nicht mehr im Einzelfall eingegangen wird.

Alleinerzieherin verliert 127 Euro pro Monat

Die Berechnungen der KPÖ sprechen für sich. Eine Alleinerzieherin mit 2 Kindern, die auf Sozialhilfe angewiesen ist, würde 127 Euro pro Monat weniger bekommen. Zwei Gewaltopfer, die in einer Wohngemeinschaft leben, verlieren 157 Euro monatlich.

Claudia Klimt-Weithaler hat dem zuständigen SPÖ-Landesrat Siegfried Schrittwieder (SPÖ) angeboten, bei der Reparatur des Gesetzesentwurfs für die Mindestsicherung zu helfen. „Vor allem müssen Verschlechterungen ausgeschlossen werden“, betont die KPÖ-Klubobfrau. Statt gemeinsam mit der KPÖ im Sinne der Betroffenen zu handeln, hat die SPÖ allerdings mit der ÖVP bereits einen Kompromiss ausgehandelt, der Einschnitte für die Ärmsten im Land bringen wird.

Feldzug gegen den Sozialstaat

Mit der Unterstützung der ÖVP führt die SPÖ einen Feldzug gegen den Sozialstaat durch – geschmückt mit falschen Versprechungen.

„Wenn es um die riesigen Vermögen von Spekulanten, Managern und Superreichen geht, die auf Kosten der arbeitenden Menschen Milliarden angehäuft haben, bleibt es bei leeren Worten“, ärgert sich Claudia Klimt-Weithaler.

UNVERSCHÄMT Politiker als Abkassierer

Im Landtag sorgt eine rot-schwarz-grüne Mauer für Absicherung der Politikerprivilegien. Die KPÖ will Polit-Einkommen um ein Drittel senken. Die anderen wollen mehr, wie der Seiersberger Bürgermeister vormacht.

Egal ob Kanzler Faymann (SPÖ), Vizekanzler Pröll (ÖVP) oder Landeshauptmann Voves (SPÖ) – alle drohen mit Belastungspaketen. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler brachte als Gegenvorstoß erneut den Vorschlag in den Landtag ein, die Gehälter der Politikerinnen und Politiker ans Existenzminimum zu koppeln. Der Landeshauptmann soll höchstens das Fünfzehnfache davon verdienen (30% weniger als bisher, aber immer noch 11.200 Euro pro Monat), alle anderen abgestuft weniger. „Die Menschen sind von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Einkommenseinbußen betroffen. Da dürfen sich die Politikerinnen und Politiker nicht abheben“, so die KPÖ-Abgeordnete.

SPÖ, ÖVP und Grüne stimmten gegen die Selbstbeschränkung. Wie es wirklich aussieht, zeigte der Seiersberger SPÖ-Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Werner Breithuber. Er gönnt sich und seinem Gemeindevorstand eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung. Man wolle arbeiten, „aber nicht für Gottes Lohn“, meinte Breithuber. Breithuber verdient mehr als 10.000 Euro pro Monat. Im Städteforum haben SPÖ und ÖVP mehrfach versucht, die Bürgermeistergelöhner drastisch anzuheben. Die KPÖ stimmte als einzige Partei dagegen.



Sozialhilferechner Steiermark

Haben Sie Anspruch auf Sozialhilfe? Überprüfen Sie Ihre Ansprüche mit dem neuen Sozialhilferechner der KPÖ unter <http://www.sozialhilferechner.at>

Eine Idee von LAbg. Claudia Klimt-Weithaler



GEGEN SCHLIESSUNGSPLÄNE

Alle Spitäler müssen bleiben!

SPÖ-Finanzstaatssekretär drohte mit Schließung von 23 steirischen Spitälern. Nach KPÖ-Antrag bekennt sich Landtag zu unseren Krankenhäusern.

SPÖ-Staatssekretär Andreas Schieder hat es auf die Spitäler abgesehen. Er stellte die Schließung von Häusern mit weniger als 300 Betten in den Raum. Davon wären 23 von 27 Spitäler des Landes betroffen. Die Folgen wären katastrophal. KPÖ-Klubchefin Claudia Klimt-Weithaler forderte den Landtag auf, sich zu allen Spitalsstandorten zu bekennen und Schließungspläne zurückzuweisen. Mit Erfolg: Ihr Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Einen ähnlichen Konflikt gab es letztes Jahr, als die Chirurgen in Mürzzuschlag und Bad Aussee dicht gemacht werden sollten. Auch da stemmte sich die KPÖ im Sinne der Betroffenen mit

Erfolg dagegen. Die Spitäler bleiben nicht nur erhalten, sondern werden sogar aufgewertet. Damals waren die SPÖ und Teile der Grünen für die Schließung der Spitäler.



Hilferuf am LKH Graz. Geld für Spitäler statt Zusperrpläne schmieden!

ÖFFENTLICHER VERKEHR



Kostenlose Öffis statt hohe Fahrpreise



Mehr Fahrgäste durch kostenlosen öffentlichen Verkehr.

Sinnvolle Weichenstellung für Öffentlichen Verkehr: Gratis mit Bus, Bahn und Tramway. Die Idee wäre sogar einfach zu finanzieren.

Die belgische Stadt Hasselt macht es seit 1996 – sie bietet den Öffentlichen Verkehr kostenlos an. Seither benutzen statt ursprünglich 360.000 Fahrgäste nun 4,5 Millionen die Öffentlichen Verkehrsmittel (ÖV)! „Ein kostenloser ÖV ist ein enormer Anreiz, diesen statt des eigenen Autos zu benutzen. Das hätte auf Umwelt, Klimaschutz und Wirtschaft positive Auswirkungen“, so KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher.

Finanziert könnte das über eine Nahverkehrsabgabe ähnlich der sogenannten „Wiener U-Bahnsteuer“ werden.

Derzeit wird auf Basis der Folgekosten (Umwelt, Unfälle etc.) jeder Pkw-Kilometer mit 41 Cent, jeder Kilometer im ÖV mit 24 Cent subventioniert.



KPÖ-LAbg. Renate Pacher aus Knittelfeld setzt sich für Nulltarif ein.

VIEL ZUSPRUCH FÜR PROTEST DER KOMMUNISTISCHEN JUGEND

Ba-Ba-Banküberfall in der Herrengasse

Mit einem Banküberfall der anderen Art protestierte die KJÖ gegen Milliarden für die Banken statt für Bildung und Sozialwesen.

Unter dem Titel „Ba-Ba-Banküberfall“ organisierte die Kommunistische Jugend (KJÖ) Graz eine Protestaktion vor der „Bank Austria“-Filiale in der Herrengasse. Dabei verliehen Schülerinnen und Schüler, Studierende, Universitätsangehörige und junge Arbeiter ihrem Ärger Ausdruck, dass Banken und Konzerne mit Milliardenbeträgen aus der selbst verschuldeten Krise gerettet wurden, während Bildung und Sozialwesen finanziell ausgehungert werden. Um der gesellschaftlichen Schiefelage Ausdruck zu verleihen, verkleideten

sich zwei Jugendliche als Bankdirektoren, die den Umstehenden Geld aus den Taschen zogen, um sich schließlich mit 100-Euro-Scheinen Zigarren anzuzünden.

„Heruntergekommene Schulgebäude, überfüllte Hörsäle, fehlende Lehrmittel, katastrophale Betreuungsverhältnisse. Dazu kommen Prüfungsstress, Notendruck, fehlende Mitbestimmung und steigende Kosten für alle möglichen Selbstbehalte. Österreichs Schulen und Universitäten sind seit Jahren Krisengebiete“, stellte die KJÖ im Aufruf fest.

Die jungen KommunistInnen stellten mit dieser Protestkundgebung einmal mehr klar, dass sie nicht tatenlos zusehen werden, wenn die Kosten der gegenwärtigen kapitalistischen Krise auf die arbeitenden Menschen und die Jugend abgewälzt werden:



Die Politiker haben viel Verständnis für die Banken, wenig Verständnis für die Jugend. Die Kommunistische Jugend protestierte in der Herrengasse.

Der Widerstand gegen jugendfeindliche Politik geht auch nach den großen Schulstreiks und Uni-Besetzungen weiter! Für die KJÖ geht es um eine Änderung der gesellschaftlichen Prioritäten:

Menschliche Bedürfnisse müssen mehr zählen als Profitinteressen. Dass viele Leute ähnlich denken, zeigte der große Zuspruch seitens junger wie älterer Passantinnen und Passanten.

ANRAINER ENTRECHTET – STADT MUSS HANDELN!

Problemzone Schanigarten

Eine Novelle der Gewerbeordnung verschlechtert die Stellung der Anrainer von Gastgärten massiv. Regierung setzt sich über alle Sorgen hinweg.

Die Stadt ist bisher viel zu wenig für die Anrainer von Gastgärten eintreten“, ärgert sich KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Der Grund: Die Bundesregierung hat sich über alle Bedenken hinweggesetzt und eine Neuregelung des Gewerberechtes beschlossen, die einen Freibrief für Gastgartenbetreiber bringt. Laut der Gastgarten-Bürgerinitiative SPINST 24 sind Anrainer von Gastgärten „völlig entrechtet“. Graz hielt im Gegensatz zur Stadt Salzburg nicht dagegen.

Seit 2007 müssen alle Gastgärten einem Genehmigungs-

verfahren unterzogen werden, hat der Verfassungsgerichtshof entschieden. Damit ist nun Schluss. Schanigärten mit bis zu 75 Sitzplätzen auf oder an öffentlichen Verkehrsflächen können ohne Genehmigung von 8 bis 23 Uhr geöffnet haben. Tourismus-Gemeinden können die Öffnungszeiten per Verordnung sogar bis Mitternacht ausdehnen.

Anrainer müssen zahlen

Genehmigungsverfahren entfallen, für Anrainer gilt nun eine Beweislastumkehr: Sie müssen in gerichtlich anerkannten Gutachten beweisen, dass ihre Gesundheit durch den Lärm im Schanigarten gefährdet sei. Zum Lärm kommen die hohen Kosten für ein Gutachten.

Elke Kahr: „Wir wollen einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der

Anrainer und der Betreiber von Gastgärten. Man darf nicht zu Tricks greifen – wie das diese Novelle zur Gewerbeordnung vorsieht.“

Geballte Kritik

Kritik dazu kommt auch von anderen Stellen. Das Umweltbundesamt weist darauf hin, dass besagte Novelle keinen ausreichenden Lärmschutz sicherstelle. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts spricht von einer „unverhältnismäßigen Differenzierung“ von Gastgärten zu anderen Betriebsanlagen. Und die Volksanwaltschaft hege gegen die Novelle erhebliche Bedenken, berichteten die Salzburger Nachrichten. Beschlossen wurde die Novelle trotzdem; Schanigärten bringen eben gutes Geld. Die Sorgen der Anrainer zählen da nicht.

Frühstück mit Elke Kahr.

Viel Andrang herrscht bei den Straßenfrühstücken der KPÖ mit Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Bei Semmerln, Butter, Marmelade und Kaffee wird ganz gemütlich über alles mögliche getratscht – oder man holt sich Rat und Informationen.



KOMMENTAR



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Nicht alles glauben!

Sowohl die Wirtschaft als auch die Politik werden nicht müde, uns einzureden, dass angesichts der Krise jetzt unpopuläre Kürzungen notwendig wären und suggerieren den Menschen damit, sie und das Sozialwesen seien schuld an den riesigen staatlichen Budgetlöchern. Ungeniert werden dabei Arbeitende gegen Arbeitslose, Jung gegen Alt und Kranke gegen Gesunde ausgespielt.

Die Finanzwelt wirtschaftet indessen weiter wie eh und je und startet – nachdem sie sich ordentlich an den Staatskassen bedient hat – einen Angriff auf die verbliebenen öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge, wie etwa staatliche Pensionen, Gesundheitsversorgung und dergleichen. Dieser Großangriff auf die Grundfesten des demokratischen Staates verstärkt die Umverteilung vom Gemeinwohl hin zu den Finanzimperien der Reichen.

Wenn aber weiter wichtige demokratische Einrichtungen privatisiert werden, um – wie behauptet wird – Schulden abzubauen, verliert der Staat zwangsläufig alle Möglichkeiten, seinen ureigensten Aufgaben nachzukommen. Der einzige „Vorteil“ einer solchen Entwicklung wäre: Sobald das Finanzkapital einmal alles in der Hand hat, können wir uns Wahlen und hohe Politikerbezüge sparen, da dann die Politik ohnehin nichts mehr zu sagen hat.

Vielleicht sollten wir doch nicht alles so glauben, wie es uns serviert wird, meint

Ihr Peter Scherz

Eine Ballspielhalle für Graz!

Graz unter dem Stadtregerer Nagl und seiner Zureicherin Rucker rühmt sich, eine Kulturhauptstadt zu sein. Kunsthaus, Dom im Berg, Stadthalle, Murinsel usw., alles in der jüngsten Vergangenheit gebaut, haben Millionen Euro verschlungen. Zusätzlich noch Millionen für Kulturveranstaltungen. Doch der Sport, wesentlicher Teil eines kulturbewussten Gesellschaft, ist vergessen worden. So gibt es in Graz keine einzige öffentliche Ballspielhalle mit Tribüne, nur die Unionhalle, ASKÖ-Halle und ASVÖ-Halle existieren in privater Hand.

Demgegenüber steht in allen Bezirkshauptstädten eine solche Halle. Sogar kleine Orte weisen eine Halle aus.

Eine Milchmädchenrechnung wäre: Die Bezirksstädte haben um die 15.000 Einwohner. Demnach stünden Graz 20 öffentliche Hallen zu. Doch die Grazer wären schon mit wenigstens einer zufrieden.

Unter einer „schwarzen“ Landeshauptfrau“ war es möglich, dass „ihre“ Orte eine Halle bekamen, leider war Graz nicht darunter. Vielleicht könnte ein „zuckerlosaroter“ Landeshauptmann für Graz etwas bewirken. Das Eggenberger Stadion ist zum Teil nicht benutzbar und baufällig. Er als ehemaliger ATSEler könnte doch sein Herz dafür öffnen.

Man sollte nun nicht die Ausrede verwenden, die Grazer erhalten ja eh ein neues Bad. Wir Grazer Sportler verlangen nur das was anderen Gemeinden zugestanden worden ist – eine bespielbare öffentliche Halle.

Bin ich jetzt deshalb eine Kulturbanause?

Kommentar von Günther Leber



TRADITIONSBETRIEB SEIT 158 JAHREN Von Bürsten und Pinseln



Wer immer im Gries einen Haarpinsel oder eine Bürste braucht, geht zur W. A. Schmidt GmbH in der Rösselmühlgasse. Der Betrieb existiert seit 158 Jahren.

Wenn Dieter Schmidt und seine Mutter Ilse Oberhuber von früher zu erzählen beginnen, kommen sie ins Schwärmen. Immerhin 60 Angestellte hatte die W. A. Schmidt Bürsten und Korbwaren GmbH vor 70 Jahren. Die Lehrbuben schliefen am Dachboden des Hauses Rösselmühlgasse 4, wo sich heute noch der Sitz des Traditionsunternehmens befindet. „Im Innenhof“, erzählt Ilse Oberhuber, „wurden die Bürstenhölzer von Hand gefertigt und die Frauen kämmten, bündelten und kochten die Borste mit Soda“.

Gegründet wurde das Unternehmen 1852 von Wolfgang Adam Schmidt, dem Urgroßvater Dieter Schmidts. In einer Zeit, da die Bürstenbinderei noch ein weit verbreitetes Handwerk und der Griesplatz Treffpunkt umtriebiger Händler war. Nicht zuletzt durch die günstige Lage von Graz – als Schnittstelle zum Bal-

kan – konnte die Firma rasch expandieren, erzählt Dieter Schmidt. Übrigens: Letzterer heißt mit Vornamen auch Wolfgang, allerdings hat die Familie darauf verzichtet, ihn so zu rufen. Schließlich tragen die männlichen Nachkommen der Schmidts seit sechs Generationen diesen Vornamen.

Aktiv bis ins Alter

1944 kam Dieter Schmidts Vater bei einem Bombenangriff auf Graz ums Leben. Fortan führt dessen Witwe Ilse, die spätere Ehefrau des Widerstandskämpfers und Malers Peter Richard Oberhuber, die Geschäfte. 1968 übergibt sie an ihren Sohn. Der erweitert das Sortiment um hochqualitative Korbwaren und treibt regen Handel mit Jugoslawien und Albanien. Mittlerweile ist er der Seniorchef. Was ihn nicht daran hindert, weiter im „Geschäft“ mitzuarbeiten. Mutter Ilse lässt sich das ebenso wenig nehmen. Erst unlängst flog die rüstige 89-jährige nach Berlin, um den Familienbetrieb auf einer Messe zu repräsentieren.

Spitze in Europa

Verändert habe sich in den letzten Jahrzehnten viel, sagt

Dieter Schmidt. Vieles vom früher Handgemachten wird heutzutage bloß zugeliefert. Ein Teil des Sortiments sei im Laufe der Jahre von größeren Handelsketten, Baumärkten etwa, übernommen worden. Aber man könne sich auch durch das Beliefern mehrerer industrieller Großkunden behaupten. Und er fügt nicht ohne Stolz hinzu: „Immerhin sind wir das größte Bürstenfachgeschäft in Europa.“

Den Gries zu verlassen, das ist für die Schmidts nie infrage gekommen. „Das war eigentlich immer ein sehr netter Ort“, sagt Dieter Schmidt. Und auch mit den zugezogenen Migranten kommt er gut aus. Etwa mit dem Betreiber des „Handyman“, der nur zwei Türen weiter gebrauchte Mobiltelefone feilbietet.

Und so sitzt Dieter Schmidt nach wie vor in seinem Geschäft im Gries und macht sich Gedanken über Sonderanfertigungen, die er nach eigenen Plänen fertigen lässt. Komplizierte Anforderungen raffiniert zu lösen, das ist es, was ihn auch heute noch fordert. „Denn es ist ja nichts fader, als dass jemand kommt und sagt, er hätte gerne 20 Besen“.

VEREIN DIE SCHWALBE

Hilfe in Lebenskrisen

Beim Verein „Schwalbe“ finden psychisch kranke Frauen wieder einen Weg. Die Kosten sind niedrig, aber eine verlässliche Förderung fehlt. Man hofft auch auf Spenden.



„Bei uns kostet ein Monat weniger als ein Tag in einem Spital.“
Angelika Vanek, Die Schwalbe

Still ist es; nur die Vögel zwitschern. Der Wind streicht durch die Bäume im angrenzenden Wald. Eine Katze streift durch den Garten, in dem es nach Melisse riecht, nach frisch geschnittenem Holz. Es ist ein idyllisches Plätzchen am Rand von Graz, in dem der Verein „Die Schwalbe“ seit nunmehr einem Jahr Frauen in Lebenskrisen begleitet. Das einzige Problem: Weil der Verein eine Betroffeneninitiative ist und keine nach dem Behindertengesetz zertifizierte Einrichtung, gibt es zu wenig Förderung, um langfristig planen zu können.

„Eine derartige Einstufung ist bei einer Wohninitiative wie unserer nicht machbar wegen des Betreuungsaufwan-

des“, sagt Angelika Vanek. Sie hat die „Schwalbe“ vor einem Jahr mit Arndt Stering gegründet – als selbst Betroffene von schweren Lebenskrisen. Nun geben sie ihr Wissen um Umgang mit Krisen im Verein die Schwalbe an psychisch labile Frauen weiter. Sieben Plätze gibt es in der Schwalbe, seit Beginn sind diese so gut wie ausgebucht. Die Frauen werden von Krankenhäusern, Ärzten, Psychologen vermittelt, wohnen dann in der Schwalbe, arbeiten beim Tagesprogramm mit oder helfen beim Catering-Angebot. Vanek: „Die Frauen sollen sehen, dass sie trotz Erkrankung in der Lage sind, etwas erfolgreich zu machen.“

Das Haus, dessen Leittier „ein Symbol des Lichts ist, für

Wagemut und Zuversicht auf eine Wendung zum Besseren“, so Vanek, verspricht Erfolg. Mehrere Bewohnerinnen – sie bleiben zwischen wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten – haben den Weg zurück in die Selbstständigkeit geschafft, ins Berufsleben zurückgefunden. Das Ziel von Vanek und Stering ist ein zweites Haus für Männer, Anfragen hat es schon gegeben.

Dennoch hängt das Projekt am seidenen Faden, weil es keine fixe Förderung gab. Zum Start habe man Startfinanzierungen bekommen. Aber ein Gutteil wurde von den Vereinsgründerinnen vorfinanziert. Nun hofft man auf eine verlässliche Dauerförderung. Und auf Spender und Patenschaften, damit die Schwalbe ein Ort der Hilfe zur Selbsthilfe, der Geborgenheit für Frauen in Krisen und für eine positive Zukunft bleiben kann.

E-Mail: office@dieschwalbe.at,
Web: www.dieschwalbe.at



KURZ BERICHTET

St. Peter

KPÖ-Bezirksrat Stefan Gamsjäger in St. Peter nimmt sich für Anliegen der Bezirksbewohner er sich gerne Zeit. Bei Wünschen und Anliegen ist er unter der Telefonnummer (0660) 31 97 831 erreichbar.

Anzeige für 1er

Bei den Umbauarbeiten der Linien 1 und 7 fährt der Schienenersatzverkehr eine andere Strecke als die Tram. Gemeinderätin Uli Taberhofer setzt sich für eine Entschärfung der Situation ein: An der Haltestelle „Alte Poststraße“ sollen neben den Abfahrtszeiten der Linie 7 auch die Abfahrtszeiten der Linie 1 von der gegenüberliegenden Remise angezeigt werden. Dadurch würden sich die Fahrgäste besser auf beide Linien verteilen.

Hilfe für die Schwalbe

KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer beantragte im Stadtparlament, eine Förderung für den Verein Die Schwalbe (siehe Artikel rechts) bereitzustellen.

Gemeinderat: mehr Sitzungen!

Von Juli bis September macht der Gemeinderat Sitzungspause. „Das ist eindeutig zu lange“, denn damit setzt sich das höchste politische Organ der Stadt selbst Schachmatt“, macht KP-Gemeinderat Andreas Fabisch deutlich.

Eine lange Sitzungspause im Sommer ist deshalb bedenklich, weil während dieser Zeit der Stadsenat bzw. der Bürgermeister im Alleingang mit sog. „Ferialverfügungen“ Entscheidungen treffen können, die dem Gemeinderat möglicherweise gar nicht passen.

Jetzt hat der Bürgermeister auf den Antrag von Fabisch reagiert: Im nächsten Jahr soll es wieder eine Gemeinderatsitzung im Juli und eine zweite Dezember-Sitzung geben.



RAT FÜRS RAD

Bis zu einer Entfernung von fünf Kilometern ist das Fahrrad jedem anderen Verkehrsmittel überlegen – wenn es in Schuss ist. Hier sind ein paar Tipps, wie der alte Drahtesel wieder zum Spaßgerät wird.

Ab zur Wäsche: 2x50 Cent in der Autowaschanlage sind genug. Wer zwischen dem Reinigungs- und Spülgang mit einer kleinen Bürste Schaltung, Bremsen, Felgen und Kette putzt, wird mit einem besser funktionierenden Bike belohnt. Achtung: Mit dem Strahl nicht zu nah ans Rad – das schadet den Dichtungen!

Kette ölen: Zuerst kommt MoS₂-Spray (gibt es im Baumarkt) zum Einsatz, das bei laufender Kette sparsam aufgesprüht wird. Kurz einwirken lassen, dann die Kette mit Küchenrolle säubern. Anschließend sparsam Kettenöl auf die Ober- und Unterseite auftragen, überschüssiges Öl abwischen. Damit fährt sich jedes Rad wesentlich leichter.

Schaltung schmieren: Umwerfer und Schaltwerk funktionieren mit ein wenig Öl viel besser. Am einfachsten geht es mit MoS₂-Spray, das sparsam auf beide Schaltungsteile aufgesprüht wird. Was zuviel ist, wird weggewischt.

Bremse einstellen: Bei quiet-schenden Bremsen hilft oft, die Bremsflanken auf der Felge zu putzen. Sind die Beläge verschlissen, gehören sie getauscht. Das dauert ca. fünf Minuten pro Rad. Beläge leicht schräg einstellen, damit der vorne liegende Teil des Belags (die Spitze sozusagen) zuerst auf die Felge drückt.

Dann noch die Reifen aufgepumpt und los gehts!

FERIENZEIT IN GRAZ VERBRINGEN

Ausflugstipps im Sommer

Sommerzeit in Graz ist mehr als nur Schwimmbad. Einige Ausflugstipps für Kind und Kegel, die wenig Geld kosten.

Graz und seine Umgebung haben viel für jene auf Lager, die keine Lust mehr auf Baden haben oder wenn das Wetter nicht passt.

Radtour

Ein nicht ganz heißer Tag ist ideal für eine Radtour. Für Familien ein schöner etwas mehr als Halbtagesausflug ist die Fahrt am linken Murerer nach Fernitz. Da kommt man beim **Tierpark Aumühle** vorbei, in dem Kinder, Hasen, Meerschweinchen, Schweine, Ziegen und andere Tiere füttern können. Dann gehts über die Mur und am linken Murerer zurück nach Graz. An diesem Streckenteil gibt es mehrere Möglichkeiten zum Einkehren.

Bergtour

Stets einen Ausflug wert ist der **Schöckl**. Mit Familienpass zahlen 2 Erwachsene und 2 Kinder für die Busfahrt ab dem Jakominiplatz keine 6 Euro. Der Bus fährt bis zur Talstation, dann gehts sportlich entlang der Liftrasse hinauf. Wer bei jeder Liftsäule eine kurze Pause macht, bekommt auch eine Kindergruppe nach oben. Zumal dort eine tolle Sommerrodelbahn wartet. Für Kinder ebenso klass: Die Starts der Paragleiter vom Ostgipfel.

Burgtour

Warum in die Ferne schweifen wenn das Gute so nah liegt, könnte man sich angesichts der **Ruine Gösting**



Interessante Ausflugsziele für Kinder: Der Tierpark Aumühle in Fernitz oder das Schöckl-Plateau.



fragen. Bei der Endstation der Linie 40 geht es zuerst steil, dann angenehmer dahin, vorbei am Jungfernsprung zur Ruine. Auf den Turm klettern nicht vergessen, die Aussicht ist super. Der Durst lässt sich in der Burgtaverne löschen.

Abenteuertour

Gleich drei Ausflugsziele finden sich im Bereich Waltendorf/St. Peter. Da wäre einmal der **Lustbühel**, eine große, frei begehbare Grünanlage oben an der Waltendorfer Hauptstraße. Für die Kleinen gibt es einen Streichelzoo und stets hungrige Pferde und Kühe, für größere Kinder einen Wald mit vielen Möglichkeiten zum

Spielen und für Erwachsene eine Buschenschank.

Rosentour

Am **Messendorfberg** gegenüber liegt der **Grazer Urwald**. Uralte Baumriesen und exotische Gewächse gedeihen dort, verschlungene Wege führen durch den frei zugänglichen Park. Gleich daneben findet sich **Giovannis Garten**, die gepflegte Anlage der Zwillingsschwester Eva Kotzmuth und Sonja Gringschl, die sich dort einen Lebenstraum verwirklicht haben. Besonders eindrucksvoll ist der **Rosengarten**. Das Refugium für Gartenfreunde ist Do-Sa von 10-18 Uhr geöffnet, E: 5 Euro, K: 3 Euro.



Protest gegen Abriss. Das Haus Kolpinggasse 12-14 soll einem 6-geschoßigen Neubau weichen. Seit Jahren gibt es einen Abbruchbescheid. Dennoch kämpft eine Bürgerinitiative gegen den Verlust des historischen Bauwerks. Das Haus beherbergte vor gut 100 Jahren die **erste Radfahrerschule** der Stadt und ist ein letzter Rest des alten Graz zwischen hohen Wohn- und Büroblöcken. Fast 1000 Grazerinnen und Grazer haben eine Unterschriftenaktion für den Erhalt des Hauses unterstützt.

HOTEL GOLLNER: MUSS PAPAGEI WEG?

Papagei Joko muss bleiben!

Papagei Joko ist seit Jahrzehnten in der Lobby des Hotels Gollner beheimatet. Jetzt soll weg, weil der Tierschutzvorschriften gegen ihn ausgelegt werden.



„Vielleicht muss Joko bald weg“, sagt Frau Gerlach senior mit Tränen in den Augen. „Jo“, lässt Joko, der Graupapagei, aus dem Hintergrund der Lobby des Hotels Gollner vernehmen und weiß wohl nicht, welche Worte er da bestätigt.

„Mein Bruder und ich, wir haben den Papagei vor 33 Jahren von unseren Eltern geschenkt bekommen“, erzählt die Tochter, Christina Gerlach, die das Hotel heute führt. Damals war die Welt noch in Ordnung. Doch

mit einer Änderung des Tierschutzgesetzes soll das nicht mehr sein dürfen. Die Haltung des Graupapageis widerspreche den Regeln artgerechter Tierhaltung, heißt es jetzt. Joko soll in ein Papageien-Asyl kommen, obwohl der Papagei, der den ganzen Tag über frei in der Hotelhalle herumfliegen darf, ganz offensichtlich ge-

sund ist und sich wohlfühlt. Ob Joko überlebt, wenn er aus seinem gewohnten Umfeld gerissen und in eine fremde Welt geworfen wird, scheint angesichts der Buchstaben des Gesetzes zweitrangig.

Bleibt zu hoffen, dass nach einem Gespräch mit den Behörden doch noch die Vernunft siegt.

GASTKOMMENTAR

Sarah
Andersson,
Bürgerinitiative
Rettung der
Kolpinggasse
12-14



Sehnsucht nach „alter Stadt“

Erinnern Sie sich an die Sendung „Klingendes Österreich“ mit Sepp Forcher vom 3. Juni? Die Stadt Graz und ihre baulichen wie musikalischen Schönheiten kamen sehr vorteilhaft zur Geltung. Vom modernen Graz waren nur das Kunsthaus und die Murinsel in der Sendung vertreten. Der Rest wurde quasi unter dem Teppich gekehrt.

Warum eigentlich? Weil das, was von der modernen, fortschrittlichen Graz-Architektur allerorten zu sehen ist, dem ästhetischen Empfinden abträglich ist. Soll heißen: Die Bauten sind scheußlich. Ganze Straßenzüge sind durch einzelne dominante Blöcke regelrecht verunstaltet.

Dies ist meine subjektive Meinung, ich denke aber, damit stehe ich nicht alleine da. Das, was heutzutage mit Beton und Glas in Windeseile hochgezogen wird, ist ausschließlich der schnellen Rendite verpflichtet. Die wenigen Ausnahmen bestätigen bekanntlicherweise die Regel.

Unsere Bürgerinitiative wird mit Vehemenz versuchen, einen alten Hof in der Kolpinggasse zu retten. Denn dieses historische Gebäude steht pars pro toto für die gesamte Altstadt, die seit dem Fall des Kommodhauses nicht mehr als sakrosankt gesehen werden kann. Graz hat genug freie Flächen, um adäquat bauen zu können. Dazu müssen keine geschichtsträchtigen Häuser abgerissen werden. Und genau jene sind es, die als Gesamtheit das Flair dieser Stadt ausmachen. Helft alle mit, dieses Flair zu erhalten!

Wasserkraft als Umweltkiller

Ohne staatliche Garantien will die Andritz AG den problematischen 340-Mio-Euro-Auftrag in der Türkei (**Ilisu Staudamm**) durchziehen. 199 Siedlungen werden geflutet, 78.000 Menschen umgesiedelt, archäologische Schätze verschwinden. Wird hier Geld verschenkt?

Verwüstet: Nach einem Kraftwerksbau bliebe vom grünen Murufer von Puntigam bis mitten in der Stadt nichts mehr übrig.

GUTACHTEN GEGEN KRAFTWERK PUNTIGAM

10.000 gegen Murkraftwerk

Mehrere Gutachten belegen, dass Murkraftwerke dem Fluss massiv schaden. Estag macht Propaganda für die zukünftige Kloake in der Stadt.

DAS DROHT...

- Die beliebteste Lauf- und Radstrecke wird zwischen Augarten und Puntigamer Brücke über Jahre zur baumlosen Wüste.
- Die Fließgeschwindigkeit der Mur sinkt. Das immer wieder muffige Wasser stinkt noch mehr zwischen Liebenau und Puntigam.
- Aus einer laut Gutachten „erhaltenswerten Fließstrecke mit erstaunlich intakter Fischartengemeinschaft“ wird ein vergleichsweise lebloser Stausee.
- Die um viel Geld gebaute Murpromenade wird dauerhaft überschwemmt.
- Die Wellen für Surfer sind nur mehr eine Erinnerung.
- Der Heimgartenverein Grünanger wird geräumt.

Mehr als 10.000 Grazer haben schon gegen das in Puntigam geplante Murkraftwerk unterschrieben, freut man sich bei der „rettetdiemur.at“. Wunder ist das keines, immer mehr spricht dagegen. Ein Gutachten der Universität für Bodenkultur (Boku) bescheinigt dem Fluss einen guten ökologischen Zustand, so er nicht verändert wird. Ein Gutachter der Projektwerbern Energie Steiermark (Estag) und Verbund warnt vor dem Ausrotten von Fischarten. Unlängst hat die Estag bestätigt, dass knapp 4000 Bäume dem Kraftwerk zum Opfer fallen.

Bei der Boku ärgert man sich über ein von der Estag „missbrauchtes“ Gutachten. Ein Estag-Gutachter bescheinigte auf Basis von Boku-Daten einen „schwerstens veränderten“ Mur-Zustand, bei dem es quasi egal ist, wenn man ein Kraftwerk

baut. Die Boku-Professoren Jungwirth und Schmutz hingegen sprechen von einem „guten Zustand“ und einer „erhaltenswerten Fließstrecke mit erstaunlich intakter Fischartengemeinschaft“.

Wüste an der Mur

Damit ist aber Schluss, wenn das Kraftwerk kommt, sagt ein Gutachten des Gewässerökologen Clemens Gumpinger. Einer fast geschlossenen Staukette (Kalsdorf, Gössendorf, Puntigam, Gratkorn, Stübing) fallen 20 von 24 Fischarten zum Opfer. Das Gutachten wurde von Estag und Verbund in Auftrag gegeben. Weil es nicht wirklich passt, haben die Stromriesen die Grundlagen dafür infrage gestellt.

Damit nicht genug: Das Flussufer ab der Puntigamer Brücke flussaufwärts wird durch den Kraftwerksbau zur Wüste. Rund 4000 Bäume müssten

bis zum Augarten und zur Murpromenade hinauf fallen. Naturschutzbund-Präsident Universitätsdozent Prof. Dr. Johannes Gepp fürchtet, dass 7.000 Bäume gefällt werden.

Fehlende Information

Welche Auswirkungen der Kraftwerksbau auf Graz haben wird, weiß niemand so genau. Die Estag beschränkt sich auf Hochglanz-Propaganda für. Echte Informationen gibt es kaum, wie zuletzt die Initiative „Mehr Zeit für Graz“ kritisierte.

Bürgermeister Siegfried Nagl kann keinen Informationsmangel erkennen. Auf das Drängen von KPÖ-Stadträtin Elke Kahr, endlich neutrale Informationen zuzulassen, meinte Nagl im Stadtsenat, das habe es ohnehin schon gegeben. „Dabei waren die Veranstaltungen bisher reine Propaganda der Stromkonzerne“, ärgert sich Elke Kahr.



ANTI-APARTHEIDKÄMPFER DENIS GOLDBERG

Rassentrennung auch im Fußball überwunden

Denis Goldberg, Kommunist, Jude, Südafrikaner, war Mitstreiter Nelson Mandelas, vertrat Südafrika bei der UNO und war zu Gast beim KPÖ-Bildungsverein. Ein Gespräch.

Denis Goldberg wurde 1933 in Kapstadt geboren. 1961 schloss er sich dem bewaffneten Arm des ANC im Kampf gegen die Apartheid an. Zwei Jahre später wurde er mit Nelson Mandela zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Nach seiner Freilassung 1985 vertrat er den ANC vor der UNO. Warum sich Südafrika nur langsam von der Apartheid erholt und England doch nicht Fußballweltmeister werden konnte, erklärte Goldberg dem Grazer Stadtblatt.

Bis vor wenigen Jahren spielten ausschließlich Weiße in der Nationalmannschaft Ihres Landes – fühlen Sie sich heute eher mit dem Team verbunden?

Denis Goldberg: In Apartheidstagen war es schwierig, zu sagen: Das ist meine Mannschaft! Ich habe mich oft an den ersten Rugby-Weltmeisterschaftstitel erinnert, den Südafrika holte. 1995, als Nelson Mandela Präsident war, war das ganze Land stolz auf diese Mannschaft, weil sie ein Team aller Südafrikaner war. Beim Fußball ist es ähnlich. Wir haben heute auch in der Nationalmannschaft die Rassentrennung überwunden. Natürlich gibt es in Südafrika immer noch sehr viel Armut. Wie hätten wir auch in den vergangenen 16 Jahren die 50prozentige Arbeitslosigkeit überwinden können?

Die Rassentrennung ist formal aufgehoben – der Kapitalismus herrscht aber nach wie vor in Ihrem Lande. Liegt darin das eigentliche Problem?

Goldberg: Wir hatten eine



Ein großer Südafrikaner zu Gast in Graz: Denis Goldberg

soziale Revolution, keine sozialistische. Und es stimmt auch, dass wir noch immer Sklaven des alten Systems sind. Mit dem Unterschied, dass nun auch Schwarze zur Schule und auf die Uni gehen können.

Der frühere Präsident Thabo Mbeki wurde vergangenes Jahr von Jacob Zuma abgelöst. Ein Indiz für die Kluft zwischen Führung und Basis des ANC?

Goldberg: Ich schätze Thabo Mbeki sehr, in den 60er Jahren wurde ich gemeinsam mit seinem Vater Govan verhaftet. In den frühen 80ern war es Thabo, der wesentlichen Anteil an meiner Freilassung nach 22 Jahren Haft hatte. Ich war zwar nicht mit jedem Detail seiner Präsidentschaft einverstanden, aber er hat sich große Verdienste erworben wie etwa die Verwaltungsreform.

Sie selbst kommen aus einer jüdischen Familie und waren nach Ihrer Freilassung für kurze Zeit in Israel. Wie beurteilen Sie die Situation im Nahen Osten?

Goldberg: Ich war nur etwa 18

Tage dort, weil meine Tochter in einem Kibbuz lebte. Aber ich hätte nie den zionistischen Staat unterstützen können. Israel hat – wie Großbritannien und die USA – das Apartheidregime in Südafrika unterstützt. Und jetzt betreibt Israel selbst eine Apartheidpolitik gegenüber den Palästinensern.

Aus dem Überfall Israels auf die Free-Gaza-Flotte am 30. Mai spricht vor allem Arroganz. Am Kap von Afrika werden die Piraten gejagt und ich denke, wir müssen auch gegen die israelischen Piraten im Mittelmeer kämpfen.

Die USA, Großbritannien und Deutschland sprechen immer nur von der Sicherheit der Israelis und verlieren kein Wort über die der Palästinenser. Die einzige Möglichkeit zur Beilegung des Konflikts liegt meiner Meinung nach in einer Zweistaatenlösung. Die UN-Resolutionen dazu liegen vor, man muss jetzt Druck auf Israel ausüben.

Und wie könnte der zustande kommen?

Goldberg: Israel bekommt

VERANSTALTUNGEN DES KPÖ-BILDUNGSVEREINS

Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a.

„Quijote“: Lieder von Mikis Theodorakis

3. Juli 2010, 14 Uhr: Sabine Kühnrich, Ludwig Streng und Wolfram Hennig-Ruitz mit ihrem Programm „Sonne der Gerechtigkeit“. Musik gegen Windmühlen aus Chemnitz: „Quijote“ bringen Lieder von Mikis Theodorakis in deutscher Sprache. Der große griechische Musiker feiert diesen Monat seinen 85. Geburtstag. Freier Eintritt!

pro.kino zeigt: Mikis Theodorakis – Die Zeit ist für die Lieder und gegen die Panzer

6. Juli 10, 19 Uhr: Zwei Filme zum 85. Geburtstag des griechischen Musikers und Politikers: Ein Film über sein erstes öffentliches Konzert nach dem Ende der Militärdiktatur und einen Mitschnitt eines seiner berühmtesten Werke, der „Mauthausenkantate“. Freier Eintritt!

jährlich etwa sechs Milliarden Dollar an Militärhilfe von den USA – damit wird der Kampf gegen die Palästinenser finanziert. Solange das geschieht, wird die israelische Regierung weiterhin das tun, was ihr gerade einfällt. In Südafrika war das Apartheidregime aufgrund der weltweiten Sanktionen de facto pleite – es musste aufgeben. In der heutigen Konstellation sind vor allem Schwellenländer wie Brasilien, Indien oder auch Südafrika gefragt. Sie sollten mit Sanktionen vorangehen.

Wer holt den WM-Titel?

D. G.: Zuerst dachte ich an England. Dann habe ich ihren Goalie gesehen.



WETZELSDORF



Schandfleck

Seit über 39 Jahren sind ein gemeinde-eigener Parkplatz und Vorplatz in Wetzelsdorf nur notdürftigst repariert und nie saniert worden. Der Platz vor der Elternberatung weist ein 1 m² großes und 20 cm tiefes Loch auf. Mit Kinderwägen muss man herumkurven, um

nicht hängenzubleiben. Unweit dieser Misere besitzt die Gemeinde einen Parkplatz. Dort rutschte die Böschung schon vor Jahren ab. Löcher wurden notdürftigst „repariert“. Ein Schandfleck für Graz. „Wohnen dort zu wenig wichtige Leute?“, fragt KPÖ-Bezirksrat Günther Leber.

EGGENBERG



Zebrastrreifen vergessen

Nach Abschluss der Gleis- und Sanierungsarbeiten erstrahlt die frisch asphaltierte Eckertstraße in neuem Glanz. Al-

lerdings vermissen viele im Bereich der neuen Haltestelle Absengerstraße einen Zebrastrifen. Bei einem Lokal-Augenschein stellte KPÖ-Gemeinderätin Ina Bergmann fest, dass ein „zebrastrifenloser“ Zustand für die gesamte Eckertstraße gilt. Sie wird sich darum kümmern. „Vielleicht hat man auf die Zebrastrifen ganz einfach vergessen“, mutmaßt Bergmann.

JAKOMINI



Hunde-Durst

Noch immer gibt es im Augarten keine Hundetränke. Die bereits vor längerer Zeit verlegte Leitung wird mit zu wenig Druck versorgt und funkti-

oniert nicht. KP-Bezirksrat Gottfried Stevanecz erhielt zwar Auskunft von der Grünraumplanung: eine alternative Wasserentnahmestelle auf der Hundewiese im Augarten

LEND



Info-Stelen

Im Jänner berichteten wir, dass die Info-Stelen am Lendplatz nicht mehr aktiv sind. KPÖ-Bezirksrat Mag. Christian Carli regte an, die 12 Meter hohen Metallstelen mit aktuellen bezirks- und stadtspezifischen Informationen zu bespielen. Jetzt wurden sie repariert. „Es ist wirklich erfreulich, dass uns die Infostelen wieder via LED-Leuchtschrift mit nützlichen Infos versorgen“, so Carli.

Müll-Ordnung

Ein Bezirkrats-Antrag von KP-Bezirksrat Christian Carli scheint Früchte zu tragen: Die Müllsammelstelle in der Kalvarienbergstraße 3 wird regelmäßig von den



Wirtschaftsbetrieben gereinigt. Herzlichen Dank! Trotzdem wird diese Stelle von einigen weiter als Sperrmüll-Deponie (Couches, Betten, Matratzen, PC, TV usw.) genutzt und ist komplett verdeckt. An die Bewohner appelliert Carli, die Müllsammelstelle ordentlich und sauber zu halten.



Lese-Spaß

Dank einer Spende der Vinzenzgemeinschaft konnten für die Schulbibliothek der Hauptschule / Neue Mittelschule Fröbel mehrsprachige Bücher gekauft werden. Beim Bücherfest am 29. April wurden sie feierlich eingeweiht. Mütter lasen in ihrer Muttersprache aus zweisprachigen Büchern vor, auch Kinder der Volksschule Hirten kamen auf Lese-Besuch. Dazu gab es ein Buffet von den Müttern der Deutschkurs-Kinder. Ein herzliches Danke der Vinzenzgemeinschaft.

stünde „auf der Agenda“. Einen Zeitpunkt wollte man bis Redaktionsschluss des Stadtblattes jedoch nicht nennen.

GVB - Baustart

Am 12. 7. startet der GVB-Werkstättenzubau in der Steyrgasse, geplantes Bauende ist Ende 2011. Die Steyrgasse wird voraussichtlich nicht gesperrt. Der Neubau ist wegen der neuen Niederflur-Straßenbahnen notwendig.

Nichts tut sich bis 2013 in Sachen Klimaanlage in Bus und Bim. „An heißen Sommertagen ist

es eine Zumutung, mit der Straßenbahn zu fahren, besonders für ältere, schwächere Personen bzw. wenn man Herz- oder Kreislaufprobleme hat. Dabei zahlt man mit 1,90 Euro pro Einzelfahrschein einen stolzen Preis“, so KP-Bezirksrätin Edeltrud Ulbl-Taschner. Vorerst heißt es weiter-schwitzen.

Dehnhilfen

Richtiges Dehnen nach dem Laufen ist wichtig. Die als „Dehnhilfen“ bezeichneten Text- und Bildtafeln im Augarten waren zuletzt stark ver-



schmutzt und beschädigt. KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber setzte sich für eine Verbesserung ein. Mit erfreulichem Ergebnis: Das Sportamt hat nun versprochen, die verschmutzten Tafeln reinigen und die beschädigten erneuern zu lassen.



GRIES

Neuer Zaun

Beim Bau der Murgale-Brien wurde der Zaun abgerissen, der die Wiese des Seniorenwohnheims beim Bad zur Sonne abgrenzte. Nach Ende der Bauarbeiten wurde kein neuer Zaun aufgestellt. Das hat viele Seniorinnen verunsichert. Nach mehreren Interventionen von KP-Gemeinderätin Gerti Schloffer, einem Runden Tisch mit ÖWG, Liegenschaftsverwaltung und SeniorInnen und zahlreichen Telefonaten wurde der Zaun erneuert. „Der Einsatz über Monate hat Früchte getragen. Die

SeniorInnen können sich wieder sicher bewegen“, freut sich Gerti Schloffer.

Danke

Beim Siedlungsfest zur Eröffnung des Siedlungszentrums in der Triesterstraße erfuhr



Stadträtin Elke Kahr, dass die im Schlosserpark aufgestellten Tische völlig desolat waren. Ihr Anruf bei Herrn DI Nigitz beim Amt für Grünraum und Gewässer fand rasches Gehör: Bereits in der darauffolgenden Woche wurden die Tische komplett

wieder hergestellt. Für dieses rasche Service ein herzliches Dankeschön!

Schleichweg

In letzter Zeit wurde die Brückengasse vermehrt als Schleichweg in Richtung Karlsruherstraße benutzt, obwohl sie als Fuß- und Radweg zugelassen ist. In einem Bezirksrats-Antrag wandte sich KPÖ-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon an die Stadt Graz, damit nach der Kreuzung Korngasse – Köstenbaumgasse die Einfahrt in die Brückengasse mit einem versenkbaren Poller abgesichert wird.

ANDRITZ

Gefährliche Straße

Immer wieder ereignen sich in der Weinzöttelstraße schwere Unfälle mit zum Teil tragischem Ausgang. Erst vor wenigen Wochen ist eine Fußgängerin auf einem Zebrastreifen beim Anlandgrund tödlich verunglückt, vor einigen Jahren starb ein Kind.

KPÖ-Bezirksrätin Mag. Karin Reimelt hat nun im Bezirksrat beantragt, so schnell wie möglich mit dem Kuratorium für Verkehrssicherheit sowie der städtischen Verkehrsabteilung nach einer Lösung zu suchen.

INNERE STADT



Trinkbrunnen

Am Schloßbergplatz wird ein Trinkwasserbrunnen errichtet. Das ist dringend notwendig. Denn trotz der Beschriftung „Kein Trinkwasser“ beim Taubenbrunnen trinken dort viele Vorbeikommende.

Der Bezirksrat Innere Stadt setzte sich intensiv für den Trinkbrunnen ein. Nach intensiven Gesprächen und einer Anfrage von KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer kommt es jetzt zu einer Lösung: Ein Drittel zahlt die Stadt, ein Drittel kommt aus dem Bezirksbudget und ein weiteres Drittel wird von Sponsoren aufgetrieben.

Viel Lärm

„Die Murpromenade ist weder Donaukanal noch Donau-Insel. Beim City-Beach der ÖVP ist eine Lärmbelastung für die Bewohner der Inneren Stadt vorprogrammiert“, so Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder (KPÖ). Auch heuer durfte der „City Beach“ der Jungen ÖVP im Freien an der Murpromenade bis 23.30 offen haben, bis 22 Uhr gab es Disco und Konzerte. ÖVP-Granden haben sich bei der Eröffnung des Events abfotografieren lassen.

Zudem gibt es wegen des Fußball-WM-Public-Viewings am Pfauengar-

ten eine gewaltige Lärmbelastung für die BewohnerInnen der Innenstadt.

Radfahrer

Wegen zahlreicher Beschwerden richtet Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder einen Appell an die Radfahrer in der Innenstadt: „Auch für Euch gelten die Regeln der StVO. Fahrt nur auf Radwegen, achtet auf die Passant in den Fuzos, fahrt nicht auf Gehsteigen, stellt Eure Räder an den Stellplätzen ab.“

Schließung des Cafés im Hotel Erzherzog Johann

Bestürzt und traurig über die bevorstehende Schließung des Cafés im Hotel Erzherzog Johann ist Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder (KPÖ): „Für mich geht ein Wohlfühlhaus verloren. Außerdem bedeutet ein Schrumpfen des Betriebes auch Gefahr für die Arbeitsplätze.“ In einem Weltkulturerbe geht es auch um die Kultur des Zusammenlebens.

LIEBENAU



Gärten geflutet?

Sowohl ein Teil der Sportplätze als auch rund die Hälfte aller Heimgärten der Heimgartenanlage Grünanger sollen dem Kraftwerksprojekt Puntigam zum Opfer fallen. Offiziell wurden die Be-

troffenen bis heute nicht darüber informiert. KPÖ-Bezirkssprecher Max Korp: „Die Pläne müssen endlich herausgerückt werden. Man darf die Menschen nicht länger im Unklaren über die geplanten Maßnahmen lassen.“

GEIDORF



Grüne Zonen

Die neuen „Grünen Zonen“ in der Theodor-Körner-Straße sind eine Erleichterung für die Bewohner, da sie endlich wieder Parkplätze finden. Darüber freut sich KP-Bezirksrätin Grete Skedelj.

Leider hat sich die Problematik damit nur nach Andritz verschoben. Übrigens: Im Sommer werden die Schienen in der Theodor-Körner-Straße an die neuen Straßenbahnen angepasst. Mit Behinderungen muss gerechnet werden.

KLEINANZEIGEN

Zu verkaufen

10 neuwertige, stapelbare Kunststoffgartenstühle, pro Stück 5 Euro (auch einzeln) abzugeben, ein Gasgriller um 20 Euro (eventuell mit Gasflasche), Tel. 0650 / 84 612 31.

Handwerkerarbeit

Übernehme Handwerkerarbeiten wie Malerarbeiten, Gartenarbeiten und kleine Reparaturen in Haus und Hof, in Graz. Bin 50 Jahre jung und habe ausreichend Erfahrung! Rufen Sie mich an! Tel. 0664 / 89 511 47

Bügelarbeit

Bügler 1x wöchentlich Ihre Wäsche, Tel. 0664 / 37 76 244.



Lager gesucht

Gesucht: Lagerfläche in Graz, ca. 50m², mind. 3m hoch, ebenerdig, trocken, breiter und unverwinkelter Zugang. Inter/Act, Tel.: (0664) 51 28 717.

Wohnung gesucht

Dringend! 2-3 Zimmerwohnung im Bezirk Gries gesucht, max. Miete inkl. BK € 600,- Tel: 0664/ 52 84 511

Treff am Grünanger

„Z'ammkumman, Austauschen, Beisammensein“ – unter diesem Motto steht das gemütliche Treffen bei Kaffee und Kuchen! **Jeden Donners-tag von 14 Uhr bis 15:30 Uhr in der Andersengasse 34, Am Grünanger.**
Veranstaltet vom SMZ Liebenau, Tel. 42 81 61.

Keramikwerkstatt für Kinder und Jugendliche

Jeden Di von 14 bis 16 und jeden Sa von 10 bis 14 Uhr
Kosten: 9 Euro pro Kind und Stunde (exkl. Material und Brennkosten)

Keramik formen, Bilder malen, Comics zeichnen

Sommerkurse von 12.Juli bis 10. September jeweils Mo bis Fr von 9 bis 12 Uhr
Kursbeitrag für eine Woche pro Kind: 139 Euro exkl. Material und Brennkosten mit Selma Etareri, Lemba Mukoko, Franz Viehauer, Ermäßigungen auf Anfrage!

Info:

DA LOAM KUNST- & schokoLADEN, Keramikstudio - Selma Etareri
Mariahilferstr. 11, 8020 Graz
Tel. 81 73 38
www.selma-keramik.at, mail:selma.etareri@aon.at
Öffnungszeiten:
Mo bis Sa 10 - 16 Uhr



Fotos gesucht

Sie haben etwas Schönes, Spannendes, Ungerechtes, Lustiges oder Kritikwürdiges fotografiert? Mailen Sie uns Ihre Bilder samt Kurzinfo/Adresse! Wir werden eine Auswahl veröffentlichen und verlosen T-Shirts und Bücher: stadtblatt@kpoe-graz.at

AMSEL-Stammtisch für Arbeitslose

Möglichkeit für Menschen ohne bezahlte Arbeit, sich mit ihresgleichen zu treffen + auszutauschen: Donnerstags (werk- + 14-tägig) um: 17 Uhr im: CAFE SORGER (I. Stock), Südtirolerplatz 14
0681 / 102 703 42
www.amsel-org.info

Nächste Termine:
8. u. 22. Juli

KPÖ-Sozialtelefon 0316/877 5102

Helfen statt reden. **KPÖ** wirkt!
Mit Rat und Tat!

Wir beraten Sie gerne.
Tel. Anmeldung erbeten. **Graz, Landhaus**

Sozialhilfe? Überprüfen Sie Ihre Ansprüche mit dem steirischen Internet-Sozialhilferechner der KPÖ
<http://www.sozialhilferechner.at>

WALKEN SIE MIT !

Walken an der Mur: Jeden Montag von 16 – 17 Uhr, Treffpunkt: Grünanger, Andersengasse 34, gegenüber Kindergarten, Bus Nr.34E, Haltestelle Theyergasse
Walken im Park der HIB
Liebenau: Jeden Do von 17 – 18 Uhr, Treffpunkt: Hof des SMZ: Liebenauer Hauptstr. 104
Eine Anmeldung ist nicht notwendig, einfach kommen.
Walkingstöcke zum Ausprobieren vorhanden.
Info: Tel. 46 23 40 15 oder (0699) 180 84 375



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...
Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.

TIERECKE



Maxi ist eine 1-jährige, sterilisierte Katze, die Auslauf gewöhnt war. Ihre Besitzerin ist erkrankt.



Bobby ist eine männliche Albino-Ratte, geboren im Mai 2009.



Camilla ist eine bereits ältere Katze, weiblich, sterilisiert, etwas schüchtern. Ihr Besitzer ist verstorben.



Chip ist ein Streifenhörnchen, das wegen schlechter Haltung ins Tierheim kam. Wird nur an Kenner abgegeben.



Lilo und Stitch sind ein Chinchilla-Pärchen. Er ist selbstverständlich kastriert, beide sind einhalb Jahre alt.



Blueberry ist eine weibliche Wüstenrennmaus, ein exotisches Tierchen.



prenninger gespräche 2010

Ausstellung
Von Judenburg nach Hollywood
KURT NEUMANN

(1902 - 1984)
Redakteur - Schauspieler - Drehbuchautor
Landhaus Feuerlöscher
Eröffnung: Samstag, 10. Juli 2010, 17 Uhr
Dauer der Ausstellung: 11. Juli bis 30. Dezember 2010
Kurator: Heinz Trenczak



Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Kapitalismus versagt

Mit der allgemeinen Kriminalisierung von Ausländern machen die Regierung und die beeinflusste Bevölkerung es sich zu leicht. Ich war einige Zeit in Rumänien und kam mit der einheimischen Bevölkerung in Kontakt. Man kann dort sehen, was der Kapitalismus ausgelöst hat. In Zeiten guter Wirtschaftslage haben viele Betriebe aus Mitteleuropa dort ihre Fabriken aufgebaut und das niedrige Lohngefüge vor Ort für ihre Zwecke missbraucht. Viele Milliarden Euro wurden so in die Kassen der Mutterkonzerne gespült. Als die Wirtschaftslage sich durch die Krise verschlechterte, haben die Konzerne Zweigstellen in Rumänien geschlossen. Es kam zu massiver Arbeitslosigkeit.

Heute geht es den Menschen dort schlechter denn je. Schlechte medizinische Versorgung, kein Sozialnetz, keine Arbeit. Die Jugend muss ins Ausland. Die Familien sind zerrissen. Mädchen landen in der Prostitution, Männer rutschen ins Kriminal, weil sie nicht wissen, wie sie ihre Familien erhalten sollen.

Thomas Habianitsch, Graz

Mindestsicherung

Mindestsicherungsempfänger sollen laut ÖVP mit netto 744 Euro im Monat durchkommen – für Miete, Lebensunterhalt usw. Es sieht niemand, dass Firmen ins Ausland abwandern. Wie soll dadurch ein Arbeitsuchender Arbeit finden. Es gibt viele Fälle von Menschen, die z.B. durch Krankenstand vom Arbeitsplatz entfernt oder hinausgeekelt werden. Die ÖVP soll sich lieber dieser Ungerechtigkeiten annehmen statt auf die betroffenen Menschen Steine zu werfen.

Anton Taucher, Zwaring

Lärmorgie

Leider beweist die gnadenlose Lärmorgie, die auf die Anrainer des Schloßbergplatzes beim 5-Tages-Event „Springten“ losgelassen wurde, was Beschlüsse der Stadt wert sind. Vier Nächte hintereinander dröhnende Beats bis zum Morgengrauen, tausende Eventgäste, die den Schloßbergplatz bis in die Morgenstunden zum lautstarken Versammlungsort gemacht haben. Vier Nächte hintereinander, in denen für uns Anrainer an Schlaf nicht zu denken war!

Während jeder private Veranstalter, der ähnliches versucht, sofort mit empfindlichen Sanktionen zu rechnen hat, stört die Stadt seit 10 Jahren aufs Empfindlichste die Nachtruhe der Anrainer des Schloßbergplatzes und zeigt nicht die geringste Bereitschaft, anzuerkennen, dass dieser ansonsten nachts völlig ruhige Platz nicht geeignet ist, die Menschenmassen von Veranstaltungen im Dom im Berg aufzunehmen. Auch der Lärmpegel, der über den Zugangstunnel aus dem Berg auf den Platz trifft, ist viel zu hoch!

DI Werner Haring

Selbstschaden

Nach einer Umfrage der Gewerkschaft glauben 58% der Arbeitenden, dass Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Monatslohn, Krankengeld, Abfertigungen etc. gesetzlich geregelt sind. Richtig ist aber, dass alle Ansprüche, Rechte und Pflichten in den Kollektivverträgen stehen. Die Gewerkschaften verhandeln jedes Jahr mehr als 200 Kollektivverträge mit besseren Gehältern und Rahmenbedingungen aus.

Leider lassen sinkende Mit-

gliederzahlen die Gewerkschaften an Stärke verlieren. Gute Lohnabschlüsse werden schwieriger. Nur 40 % der Arbeitenden nahmen an der Arbeiterkammerwahl teil.

Damit schwächt man die Vertretungen und darf sich nicht wundern, wenn Lohnverzicht, Nulllohnstunden usw. von anderer Seite gefordert werden. Alle, die glauben, dass sie das nichts angeht, schaden sich selbst.

Alfred Geier, Arbeiter-Betriebsratsvorsitzender
Maschinenfabrik Liezen



Stammtisch des GLB -

jeden ersten Mittwoch im Monat

ab 17 Uhr im Karl-Drews-Klub im Volkshaus Graz

(Lagergasse 98a)

Mittwoch 7. Juli 2010, 17 Uhr

GLB IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Christian Sikora, Personalvertreter und Grazer Gemeinderat:

Virtueller Rundgang durch die Justizanstalt Karlau

Terminvorschau: Sa/So 23./24. Oktober: Seminar des GLB in St. Michael/Stmk. im Pfauenhof mit den Kollegen Kovarik und Graber als Referenten zur Krise und ihren Auswirkungen.
Info unter E-Mail: annerieger44@aon.at



GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



DER ROTE VOLKSHAUS-KATER IST TOT

Wir geben die traurige Nachricht, dass unser geliebter Volkshaus-Kater Maiki nach einem langen und erfüllten Katzenleben im Alter von geschätzten 18 Jahren gestorben ist. Maiki hat sich im Jahr 1993 im KPÖ-Büro im Volkshaus Graz heimisch gemacht. Trotz seines nach einer Misshandlung in jungen Jahren amputierten Schwanzes verlor er nie das Gleichgewicht.

Er hat sich bei den Mitarbeiterinnen der KPÖ, Besuchern



und in der Nachbarschaft großer Beliebtheit erfreut. Seinen Pflichten als Kater ist Maiki bis zum Schluss gerecht geworden, zuletzt 10 Tage vor seinem Tod durch eine erfolgreiche Entenjagd. Friede seiner Seele!

Brüsseler Selbstbedienung

Die EU schreibt allen Mitgliedsstaaten Gehaltskürzungen, Belastungspakete und die Erhöhung des Pensionsalters vor.

In Brüssel gibt es aber immer neue Privilegien. Dieser Wahnsinn hat Methode: Eine Kaste bedient sich selbst.



Völker Europas erhebt euch! steht auf den Transparent der griechischen Kommunisten, die sich gegen die Bevormundung Griechenlands wehren

- Über 300.000 Euro jährlich: Das erhalten die höchsten EU-Beamten wie Kommissionspräsident Barroso, EU-Präsident Van Rompuy oder die neue EU-Außenministerin Ashton. Außerdem haben sie sich Pensionsprivilegien gesichert. Trotz Krise steigen ihre Gehälter auch im Jahr 2010.

- Auch die EU-Abgeordneten kassieren ab. Ihr Grundgehalt beträgt über 8.000 Euro pro Monat. Erst im April haben sie ihre Zulagen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter um 1.500 Euro monatlich erhöht.

- Die EU-weiten Parteien bedienen sich aus EU-Geldern selbst. Die Zuwendungen für EU-Parteien sind um 68 Prozent und die Zuwendungen für die Stiftungen dieser Parteien sogar um 167 Prozent gestiegen.

- Insgesamt gibt Brüssel im Jahr 2011 über 21,7 Millionen Euro für die sündteure Selbst-

darstellung EU-freundlicher Parteien aus.

- 213 Millionen Euro beträgt das offizielle Werbebudget der EU. Dazu kommen hunderte weitere Millionen, mit denen Fernsehsender, Radiostationen oder „unabhängige“ Meinungsmacher auf Linie gebracht werden.

- Der neue auswärtige Dienst der EU verschlingt ein Budget von 8 Milliarden Euro. Dort sollen 8.000 Beamte eingesetzt werden. Als Ausgleich will man die Regionalförderung kürzen.



VORSCHAU: VOLKSHAUSFEST AM 11. SEPTEMBER

IGNORANCIA

Musik, Genuss und gute Stimmung

Sosoma, „So sind wir“, eine chorgewaltige Stimme der Frauen in Graz



Das traditionelle Volks- hausfest am 11. September ab 15 Uhr in der Lagergasse 98a steht wieder für Super-Unterhaltung für die ganze Familie. Lassen Sie sich das nicht entgehen!

Das die Ferienzeit zu Ende geht, ist in Graz kein Grund zur Trauer. Denn am letzten Wochenende der Schulferien – am Samstag, 11. September – steht das traditionelle Volks- hausfest am Programm. Ab 15 Uhr geht es im Volkshaus, Lagergasse 98a, rund. Es gibt wie immer großartige Musik: Diesmal spielen das „Peter Rom Trio“, „Mašina“, die „Full Supa Band“, das „Orchestar Dr. Gruja & Friends“, „Binder & Krieglstein“, „Sosoma“ und das „Vesna Petkovic Trio“.

11. Sept: Komm zum Volkshausfest!

Die Full Supa Band spielt Super-Musik aus den 50er- und 60er- Jahren – und noch mehr.



Dazu gibts Speis und Trank, **Kinderprogramm** und die traditionelle **Tombola** mit Elke und Ernest. Dabeisein ist Pflicht!